

**Gedenk- und Begegnungsstätte im Torhaus
der politischen Haftanstalt 1933 – 1945 und 1945 – 1989
Amthordurchgang 9
07545 Gera**



Öffnungszeiten:

**Dienstag 14.00 – 18.00 Uhr
Donnerstag 14.00 – 18.00 Uhr
Samstag 14.00 – 18.00 Uhr**

Sonderöffnungszeiten auf Anfrage möglich

Kontakt:

**Telefon: 0365 552 76 30
Telefax: 0365 552 76 39
Mail: info@torhaus-gera.de
Home: www.torhaus-gera.de**

Spendenkonto:

**Bei der HypoVereinsbank:
Kontonummer: 4 37 75 83
Bankleitzahl: 830 200 86**

**VON
Adenauer bis zu den
Zeugen Jehovas**



**Im Spiegel der lokalen Presse
1945 – 1952**

Von „Adenauer“ bis zu den „Zeugen Jehovas“

Vom Kriegsende
bis zum „planmäßigen Aufbau
des Sozialismus in der DDR“
Die Zeit von 1945 bis 1952
im Spiegel der lokalen Presse

Eine zeitgeschichtliche Betrachtung
von Baldur Haase

Inhalt

Einleitung	3
Die ersten Nachkriegszeitungen in Thüringen	10
Zeitungsschau / Allgemeiner Überblick.....	11
Strafverfolgungen, die in der Berichterstattung der Zeitung eine Rolle spielen	16
Schwerpunkte der Strafverfolgungen und Verurteilungen in der SBZ / DDR.....	18
Chronologische Zeitbetrachtung.....	24
Zum Schluss / Der Autor	50
Literatur	52
Bildanhang	53

An heißen Sommertagen 2006 vertiefte ich mich im Stadtarchiv von Gera in alte Zeitungen, deren Seiten inzwischen auf Dokumentenfilmen festgehalten sind. Dabei konnte ich in meiner Erinnerung eine Zeitepoche Revue passieren lassen, die ich als Schulkind miterlebte. 1939 geboren, gehöre ich zu jener Generation, der das Glück widerfuhr, nicht mehr während der Herrschaft des Nazi-Regimes eingeschult worden zu sein. Meine späte Geburt gereichte mir zum Vorteil, nicht mehr von einer Wahnsinnsideologie manipuliert zu werden, die ins Verderben, in den Untergang führte und deren Nachwirkungen noch viele Jahre das Leben der Menschen im Osten und Westen Deutschlands bestimmen sollte: bitter, tragisch und für nicht wenige sogar tödlich.

Der Volksmund hat, wohl hauptsächlich auf Zeitungen bezogen, die abwertenden Begriffe geprägt, wie: „Der lügt wie gedruckt“ und „Papier ist geduldig“. Und es war tatsächlich so, dass die nationalsozialistische Propagandamaschinerie ihre sinnlosen, verlogenen und sogar todbringenden Durchhalteparolen bis zur bedingungslosen Kapitulation, als ringsum bereits alles in Schutt und Asche gefallen war, auch mit Hilfe des gedruckten Wortes hinausposaunte. Jugendliche, halbe Kinder noch, Greise und selbst Kriegsbeschädigte, sammelten sich, teils fanatisch überzeugt, teils aus Angst vor lebensgefährlichen Konsequenzen im „Werwolf“ und „Volkssturm“. Doch der Untergang war nicht aufzuhalten. Der Krieg war, einer Apokalypse gleich, in das Land zurückgekehrt, aus dem er seinen Ausgang genommen hatte.

Die Alliierten, insbesondere die Sowjetunion, Großbritannien und die Vereinigten Staaten von Amerika versetzen dem nationalsozialistisch-faschistischen Hitlerregime unter schweren Verlusten im Frühjahr 1945 den Todesstoß. Thüringen und Teile von Sachsen wurden von amerikanischen Truppen befreit. In Gera rückten am 14. April Einheiten der 3. US-Armee ein, nachdem der Rest von 1.200 Wehrmachtssoldaten kapituliert hatte (Quelle: Internet „Aus der Chronik Geras“). Doch die Amerikaner gaben als Besatzungsmacht nur ein kurzes Gastspiel in Mitteldeutschland.

Das war kein Zufall, sondern im Herbst 1944 hatte es bereits Gespräche der Alliierten über die zukünftigen Besatzungszonen gege-

ben, die dann zur Jalta-Konferenz, im Februar 1945, konkretisiert wurden.

Die Amerikaner zogen nach dem 1. Juli 1945 innerhalb weniger Tage aus Thüringen ab, für die verstörte Bevölkerung im Lande völlig überraschend. Die Siegermächte fühlten sich nicht verpflichtet, darüber öffentliche Mitteilungen zu verbreiten, oder gar Rechenschaft abzulegen. Schon am 2. Juli besetzten Einheiten der Roten Armee die Stadt Gera. Thüringen gehörte von nun an zur Sowjetischen Besatzungszone (SBZ), die bis 1949 von der Sowjetischen Militäradministration (SMAD) verwaltet wurde und ihren Sitz in Berlin-Karlshorst hatte. Von ihr gingen unter anderem die Weisungen aus, wie sich in der SBZ die politische, wirtschaftliche, gesellschaftliche und geistig-kulturelle Umgestaltung zu vollziehen habe.

Die Verschärfung der Gegensätze zwischen den westlichen Alliierten einerseits und der Sowjetunion und den Ländern ihres sich festigenden Machtbereiches in Osteuropa (einschließlich der DDR) andererseits, die sich gleich nach Kriegsende abzuzeichnen begann, führte schließlich zum „Kalten Krieg“. Dieser Begriff ist seit 1947 bekannt, ebenso wie die Bezeichnung „Goldener Westen“. Die Gefahr, dass aus dem Kalten Krieg plötzlich ein heißer werden könnte, ein dritter Weltkrieg womöglich, wurde mehrmals heraufbeschworen. In dem erbitterten Ringen ging es auch darum, die Vorteile des eigenen Gesellschaftssystems hervorzukehren und dieses als das bessere darzustellen. Der Westen, der stets die stärkere wirtschaftliche Macht verkörperte und sich auf traditionelle Werte berief, schottete sich gegenüber dem Ostblock ab, der sich als „sozialistische Staatengemeinschaft“ zu präsentieren begann und entsprechend seiner Ideologie, der „wissenschaftlichen Weltanschauung des Marxismus-Leninismus“, für sich in Anspruch nahm, den Sozialismus und schließlich Kommunismus auf der ganzen Welt als einzig wahres und deshalb erstrebenswertes Zukunftsideal für die gesamte Menschheit etablieren zu müssen.

Der Kapitalismus (in seiner höchsten Form der Imperialismus) sei, aufgrund der in der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft wirkenden Gesetzmäßigkeiten, als letzte antagonistische Gesellschaftsordnung, unausweichlich zum Untergang verurteilt. So wurde

es uns in der DDR in der Schule vermittelt: Urgemeinschaft, Sklaverei, Feudalismus, Kapitalismus/Imperialismus, Sozialismus und schließlich der Kommunismus.

Aus heutiger Rückschau auf die Geschichte wissen wir, dass die Befürchtungen der Westmächte – und ab 1949 die der Bundesregierung – die sowjetischen Expansionsbestrebungen und das Vordringen des Kommunismus auf westliches Gebiet betreffend, in gewisser Weise übertrieben und unrealistisch waren. Die Sowjetunion, damals noch unter der Führung des Diktators Stalin, war zwar bestrebt, in der SBZ und in den von ihr abhängigen Staaten Osteuropas, ihr Gesellschafts- und Wirtschaftssystem zu etablieren, was aber bei den Völkern wenig Zustimmung fand. Nicht aus der Bundesrepublik, sondern aus der DDR sind während der Teilung nahezu drei Millionen Menschen in das andere Deutschland geflüchtet. Man kann heute wohl mit Recht davon ausgehen, dass der auf Diktaturen aufgebaute kommunistische Machtbereich auch dann zusammengebrochen wäre, wenn es keinen Kalten Krieg und weniger Einflussnahme des Westens gegeben hätte.

So, wie die Staaten, die einst die Sklaverei betrieben, der Geschichte angehören, wäre es wünschenswert, dass man dies eines Tages auch von Diktaturen sagen könnte.

Die sowjetische Besatzungsmacht und nach ihrer Gründung (1946) die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) machten die Westmächte für die dauerhafte Spaltung Deutschlands verantwortlich, was schließlich (in ihren Augen) zur „Gründung des Bonner Separatstaates“ führte, womit die Geburtsstunde der Bundesrepublik, am 7. September 1949, auf der Grundlage des Grundgesetzes gemeint ist.

Die Methoden der Kriegsführung der am Kalten Krieg beteiligten Staaten waren, vor allem auf die jeweilige Innenpolitik bezogen, unterschiedlich. Dem geteilten Deutschland kam bekanntlich, als Schnittstelle gefährlicher Berührungspunkte der beiden großen Weltmächte, eine besonders dramatische und schmerzliche Rolle zu. Die Einschränkungen demokratischer Grundrechte in der SBZ und in der daraus hervorgehenden DDR, die sich als „Diktatur des

Proletariats“ mauserte, brachten es mit sich, dass die Bewohner des „ersten Arbeiter- und Bauernstaates auf deutschem Boden“ weitaus mehr unter dem Kalten Krieg zu leiden hatten, als ihre Landsleute, in der Bundesrepublik Deutschland. Gewiss, auch dort wurden, vor allem in den fünfziger Jahren, Druckerzeugnisse aus der DDR beschlagnahmt, mussten sich, vor allem nach dem Verbot der Kommunisten Partei Deutschlands (KPD) 1956 unter der Regierung Konrad Adenauers, politisch Andersdenkende wegen entsprechender Aktivitäten vor Gerichten verantworten. Aber die dabei ausgesprochenen Strafen (selbst wenn diese auf Freiheitsstrafen ohne Bewährung hinausliefen) stehen in keinem Verhältnis zu den Urteilen von DDR-Gerichten bei politischen Straftaten, ganz zu schweigen von den Urteilen sowjetischer Militärgerichte, die, selbst bei 25 Jahren Arbeitslager, zur „Erziehung“ dienen sollten. Eine an Zynismus kaum zu überbietende Farce und eine Verfahrensweise, die auch nicht mit dem Hinweis auf die Nachkriegsverhältnisse zu entschuldigen ist.

Die von den SED-Machthabern als „Klassenjustiz“ abgestempelten bundesdeutschen Strafverfolgungsbehörden haben nicht ein einziges solches Urteil zu verantworten, wie sie beispielsweise im Oktober 1951 in Zwickau gegen 19 Werdauer Oberschüler ausgesprochen wurden. Die jungen Menschen im Alter zwischen 16 und 24 Jahren, erhielten insgesamt 130 Jahre Zuchthaus, obwohl sie (völlig gewaltfrei!) lediglich demokratische Reformen und freie Wahlen in der DDR eingefordert hatten. Beispiel: Die 17 Jahre alte Sigrid Roth erhielt zwölf Jahre Zuchthaus (Quelle: Achim Beyer: 130 Jahre Zuchthaus, Jugendwiderstand in der DDR und der Prozess gegen die Werdauer Oberschüler 1951, Leipzig 2003).

Ein Jugendstrafrecht, wie es in der Bundesrepublik verankert war und noch ist und das sogar Heranwachsenden bis zum 21. Lebensjahr einen gewissen Schutz gewährt, gab es in der DDR nicht. Ein anderes Beispiel: Wenn es einem westlichen Spion gelungen wäre, in höchste DDR-Regierungskreise einzudringen (wie jenem Günter Guillaume ins Bundeskanzleramt bei Willy Brandt), dann hätte ihn nur ein Agentenaustausch, ein Deal auf höchster Regierungsebene, vor dem Henker retten können, der in der DDR noch bis in die achtziger Jahre hinein seinen Dienst versah. Der Stasi-Offizier Guillaume

aber, 1975 zu dreizehn Jahren verurteilt, kam bereits 1981 frei und ging zurück in seine DDR.

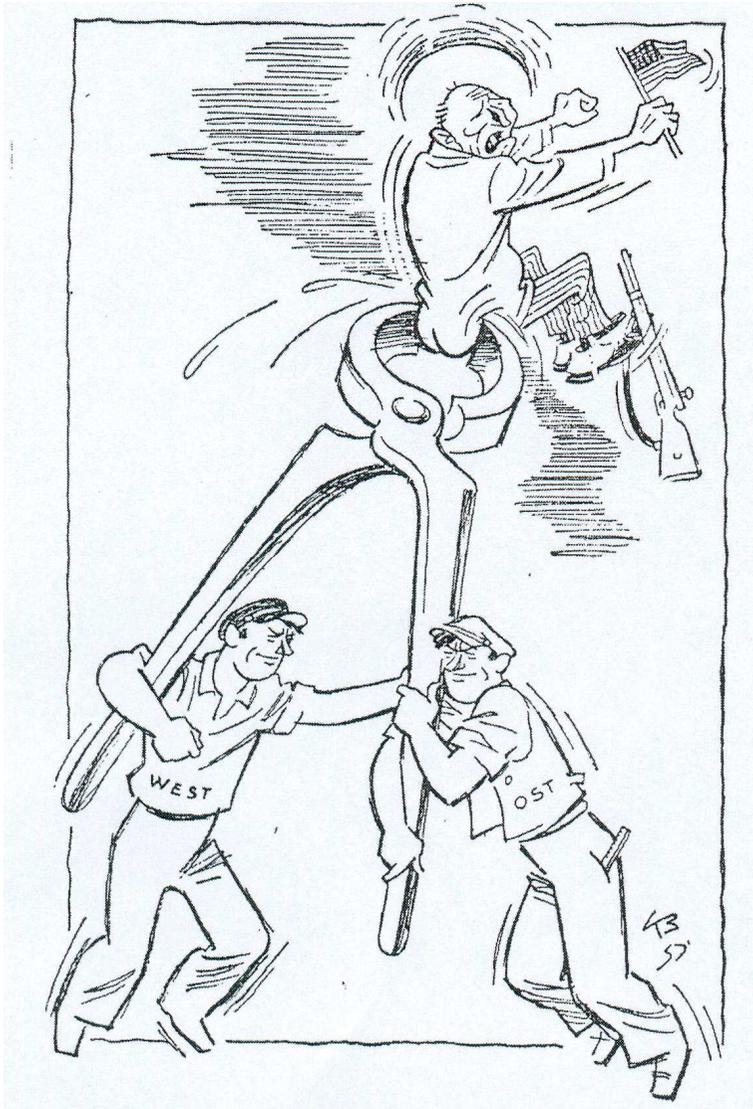
Bei einem Vergleich politischer Strafverfahren kann man auch noch weitere Tatsachen heranziehen. Das Ministerium für Staatssicherheit hatte Untersuchungsbefugnisse und eigene Haftanstalten, die sich auch einer parlamentarischen Kontrolle entzogen hätten, wenn es im SED-Staat eine solche gegeben hätte. So war es Untersuchungshäftlingen (auch mir 1959 in Gera) nicht möglich, vor Abschluss der Untersuchungen einen Rechtsbeistand zu konsultieren. In den Genuss dieser, in der Strafprozessordnung festgeschriebenen Regelung, kamen lediglich kriminelle Straftäter. Der landläufig bekannte Ausspruch eines Verhafteten: „Ich sage nur noch etwas in Gegenwart meines Anwalts“, hätte und hat Lachsalven der Stasi-Vernehmungsoffiziere hervorgerufen. Aber selbst ein Verteidiger in einem politischen Verfahren konnte es nicht wagen, einem Staatsanwalt generell in die Parade zu fahren und einen „Staatsverbrecher“ gar als unschuldig zu bezeichnen, waren doch die Rechtsanwälte in der DDR größtenteils selbst SED-Mitglieder und damit an die Politik von Partei und Regierung gebunden.

„Demokratie“ und „demokratisch“ waren gleich nach Kriegsende häufig verwandte Begriffe, auch in der SBZ unter sowjetischer Herrschaft. Für viele Menschen waren sie ein Ausdruck der Abkehr von der menschenfeindlichen Ideologie der Nazis und ihrem totalitären Herrschaftssystem, das sich in seiner Vernichtungswut bis zum Holocaust gesteigert hatte. Zahlreiche Deutsche, die, wenngleich sie keine fanatischen Hitler-Anhänger gewesen waren, so aber doch stillschweigende Mitläufer und ängstliche Duckmäuser, schöpften nun, da sie täglich von Demokratie lasen und hörten, neue Hoffnung auf bessere Zeiten, wirklich demokratische Verhältnisse, in denen man nicht mehr lediglich hinter vorgehaltener Hand etwas zu flüstern wagte, in denen man nicht mehr befürchten musste, wegen einer unbedachten Äußerung oder eines politischen Witzes, abgeholt zu werden. Viele, die froh waren, wenigstens mit dem nackten Leben davongekommen zu sein, wollten nichts mehr von einer Diktatur wissen, sich nicht mehr von einem Führer verführen lassen, ihm nicht mehr wie eine Gottheit huldigen.

Vergleicht man die Anfangszeit in der SBZ, so wie sie sich in der ausgewerteten Tagespresse darstellt, mit dem zerschlagenen Hitler-Deutschland, so lassen sich tatsächlich demokratische Erscheinungen feststellen. Die SMAD ließ nicht nur die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) und die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) zu, sondern auch bürgerlich demokratische Parteien, wie die Christlich-Demokratischen-Union (CDU) und die Liberaldemokratische Partei (LDP). 1948 folgten die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (LDPD) und die Demokratische Bauernpartei Deutschlands (DBD).

Es sah zunächst demokratisch aus. Ein echter, fairer Wettstreit um die Gunst von Wählern hätte aufkommen können. Aber da waren hinter den Kulissen Kräfte am Werk, die eine Vormachtstellung der deutschen Kommunisten vorbereiteten und mit dem Zusammenschluss von KPD und SPD zur SED (im April 1946) schließlich realisierten. Nach der 2. Parteikonferenz der SED (1952) verloren die Blockparteien gänzlich ihre Selbstständigkeit und blieben bis zum Ende der SED-Herrschaft (Ende 1989) lediglich auf ihre Rollen als Satellitengebilde beschränkt. Vor allem der von den SED-Machhabern gebrauchte Begriff „Sozialdemokratismus“ wurde mit Staatsverbrechen gleichgesetzt und unbeugsame Sozialdemokraten wurden aus keinen anderen Gründen, sondern nur wegen ihrer politischen Einstellungen und Meinungen zu Zuchthausstrafen verurteilt, die heute einem kriminellen Gewaltverbrecher das Fürchten lehren könnten.

Der einflussreichste Vertreter der aus dem sowjetischen Exil nach Kriegsende zurückgekehrten deutschen Kommunisten, Walter Ulbricht, ist auch mit dem folgenden Ausspruch in die Geschichtsbücher eingegangen: „Es muss demokratisch aussehen, aber wir müssen alles in der Hand haben.“



„Thüringer Volk“ am 31.1.1951
 „Der angebliche Kriegshetzer Dr. Konrad Adenauer in der Zange.“

Die ersten Nachkriegszeitungen in Thüringen

Die von den Sowjets in Thüringen zugelassene Tageszeitung des SPD-Landesvorstandes hieß „Tribüne“. Die erste von mir durchgesehene Ausgabe trägt das Datum vom 13.10.1945. Andere, im Geraer Stadtarchiv nicht archivierte Parteizeitungen waren:

Die „Thüringische Landeszeitung“ (TLZ) der LDP, erstmals erschienen am 24.9.1945

(Quelle: Internet: TLZ.de, „Schwierige Anfangsjahre, aber Freundschaft vom ersten Tag an.“).

Die „Thüringer Volkszeitung“ der KPD, ab 3.7.1945

(Quelle: Internet: „Erfurt-online, Stadtchronik“).

Das „Thüringer Tageblatt“ der CDU

(Quelle: s. Thüringer Volkszeitung).

Die „Thüringer Neuesten Nachrichten“ der NDPD, ab 30.1.1951

(Quelle: s. Thüringer Volkszeitung).

Von Anfang an bevorzugten die sowjetischen Militärorgane die Presse ihrer deutschen Genossen und benachteiligten die anderen. Dies kam vor allem in der höheren Papierzuteilung zum Ausdruck, denn auch dieser Rohstoff war damals kontingentiert.

...Die Sowjets sicherten die Stellung der SED-Presse gegenüber der bürgerlichen Presse ab. Während die TLZ nur dreimal wöchentlich erscheinen durfte, konnte das Thüringer Volk, das Parteiorgan der SED bei einer Gesamtauflage von 600.000 Exemplaren mit 24 Kopfblättern in Thüringen fünfmal wöchentlich veröffentlicht werden. Das blieb bis 1951 so... (aus: Internet: TLZ.de „Schwierige Anfangsjahre, aber Freundschaft vom ersten Tag an“).

Bei dieser Ungleichheit der Chancen muss man bedenken, dass der Presse als Massenmedium damals eine große Bedeutung zukam, in einer Zeit, in der das Fernsehen noch nicht entwickelt war und selbst Rundfunkempfänger nicht zu jedem Haushalt gehörten, denn zahlreiche Familien hatten ihre Wohnungen verloren, ihr Hab und Gut eingebüßt.

Zeitungsschau / Allgemeiner Überblick

Nachdem die SPD in der SBZ ihre Eigenständigkeit verloren und in der SED mit aufgegangen war, verlor die „Tribüne“ ihre Existenzberechtigung. Ab dem 9. April 1946 hieß die Zeitung, die nun zum Sprachrohr der SED Thüringens geworden war „Das Thüringer Volk“, wurde aber wenig später in „Thüringer Volk“ umbenannt. Nach der Auflösung der Länder und der Bildung der Bezirke in der DDR (Gesetz vom 27.7.1952) hieß die Zeitung als Organ der Bezirksleitung Gera der SED, nach dem 8. August, „Volkswacht“. Diesen Namen behielt sie bis zum Zeitpunkt, als die letzte Stunde der Partei schlug. Aus dem Blatt wurde die „Ostthüringer Zeitung“, die sie heute noch ist.

Das zur Betrachtung vorliegende Presseorgan, das im Verlauf von zwölf Jahren dreimal seinen Namen änderte, bietet dem zeitgeschichtlich interessierten Leser die Möglichkeit, nicht nur weltpolitischen Ereignissen der Vergangenheit nachzuspüren und die damaligen Sicht- und Beurteilungsweisen zu betrachten, sondern ebenso, regionale und lokale Geschehnisse zu erkunden und somit anschauliche Einblicke in das Alltagsleben der Bewohner von Stadt und Land zu erhalten, wie es andere historische Quellen kaum oder gar nicht ermöglichen.

Wir beginnen mit unserer Zeitungsschau Mitte Oktober 1945, ein halbes Jahr nach dem Untergang des Dritten Reiches, wie die Hitler-Diktatur auch genannt wird. Die für die Zeitung Verantwortlichen sahen es als ihre vorrangige Aufgabe an, mit dazu beizutragen, faschistisch-nationalsozialistischen Ungeist auszumerzen. Der gesamte Prozess wurde als Entnazifizierung bezeichnet. Zwölf Jahre lang hatten es die braunen Machthaber verstanden, ihre Ideologie und Politik mit brutaler Gewalt durchzusetzen und alles, was ihren Machtansprüchen entgegenlief, im Keim zu ersticken versucht. Ehrenvolle, aber schwierige Ziele hatten sich die Zeitungsmacher nach dem Krieg gestellt.

Es hat anfangs den Anschein, als würde die große Weltpolitik noch etwas stiefmütterlich behandelt. Zu sehr haben die, die den Krieg überlebten, noch mit sich selbst zu tun. Mit der Trauer um die Toten,

mit den Hoffnungen, dass Vermisste sich melden und Kriegsgefangene bald heimkehren mögen; mit Kriegsinvaliden, Hunger, Not und Verwüstungen, mit zerbombten Wohnungen, verlorenem Eigentum, mit dem Schicksal von Millionen Flüchtlingen und Heimatvertriebenen, deutschen Landsleuten aus den ehemaligen Ostgebieten, denen eine neue Bleibe geboten werden musste. Die Zeitung veröffentlichte immer wieder Gerichtsberichte über kriminelle Straftaten: Einbrüche, Diebstähle, Schiebereien. Manch einer, der in normalen Zeiten vielleicht gar nicht straffällig geworden wäre, stand nun vor dem Richter, weil er für sich und seine Familie etwas Essbares besorgen wollte, weil der Hunger nicht mehr auszuhalten war. Auch Gewalttaten kommen vor. Jugendliche Straßenräuber müssen sich verantworten und Mörder, die wegen einiger Lebensmittel andere Menschen umbrachten.

Es fällt auf, dass deutsche Gerichte bei kleineren kriminellen Straftaten verhältnismäßig milde Urteile fällten, so als wollten sich die Richter von der vorher praktizierten nationalsozialistischen Rechtsprechung abgrenzen, die ideologisch geprägt war. Diese Tendenz ist aber nicht mehr festzustellen, nachdem die SED ihre Vormachtstellung weiter ausgebaut und gefestigt hatte und der Kalte Krieg sich immer mehr ausbreitete.

Nach 1946 polemisierte die SED in ihrer Zeitung heftiger gegen die bürgerlichen Parteien, was man zunächst noch als Wahlverhalten, wie es in Demokratien westlicher Prägung üblich war und ist, werten könnte. Mit der Aufwertung klassenkämpferischer Positionen und unter Berufung auf ihren Führungsanspruch in Staat und Gesellschaft, gelang es der SED mit Hilfe der „sowjetischen Freunde und Genossen“, jede Art von Opposition auszuschalten und den Blockparteien eine Rolle als Schoßhündchen zuzuweisen.

Es fällt jedoch auf, dass bis zur Gründung der DDR, am 7. Oktober 1949, kaum etwas von einer Verherrlichung Stalins zu bemerken ist. Der Kult um den Diktator nimmt erst danach lächerliche bis groteske Züge an, die jüngeren Menschen heute völlig unvorstellbar erscheinen können, weil in einer Demokratie, in der sie hineingeboren wurden und in der sie leben, selbst ein Spitzenpolitiker, ein Bundeskanzler oder Bundespräsident „ganz normale Menschen sind“, die es sich

sogar gefallen lassen müssen, in Kabarettprogrammen und Schlagertexten durch den Kakao gezogen zu werden.

Die in den Westzonen am 20. Juni 1948 durchgeführte Währungsreform (Einführung der D-Mark) stieß in der SBZ nicht nur auf Kritik, sondern rief nahezu hysterische Ausfälle hervor. Die SBZ zog drei Tage später, auf Befehl der Besatzungsmacht, mit einer eigenen Währungsunion nach. Ebenso bössartig, mit wilden Hetzparolen, reagierten die Machthaber in der SBZ auf die Gründung der Bundesrepublik. Am 14. August 1949 waren die Wahlen zum Ersten Deutschen Bundestag gewesen und am 15. September wurde Konrad Adenauer zum Bundeskanzler gewählt. Der Osten warf daraufhin dem Westen vor, damit die Spaltung Deutschlands besiegelt zu haben.

Der Thüringer Landtag veröffentlichte am 30.9.1949 einen Aufruf unter der Schlagzeile:

Bonn bedeutet Kolonialsklaverei und Krieg.

Die Bezeichnung „Kolonie“ für die Bundesrepublik taucht von nun an häufig in den Schlagzeilen auf und am 6.12.1952 steigerte sich die „Volkswacht“ sogar zu der unsinnigen Prophezeiung: *Das deutsche Volk wird Adenauer hinwegfegen!*

Der Bundeskanzler revanchierte sich, indem er die DDR lakonisch als „Soffjetzone“ bezeichnete, eine Formulierung, die, verglichen mit „Kolonialstaat“, als weniger unzutreffend angesehen werden kann. Von nun an ging auch eine regelrechte Kriegshysterie durch die Presse und man hätte sich nicht wundern müssen, wenn ängstliche Personen, angesichts dieser Propaganda, das tägliche Fürchten befallen hätte.

Da sich die Zeitung immer stärker zum Sprachrohr der SED profiliert hatte, muss man sich nicht wundern, dass eine objektive, von der herrschenden Ideologie unabhängige Berichterstattung keine Chance hatte, zumal auch jede Art von Opposition gewaltsam unterdrückt wurde. Und das betraf nicht nur (was noch verständlich wäre) Meinungsäußerungen im Sinne der Politik des Westens, sondern vor allem auch die Verfolgung sozial- und liberaldemokratisch eingestellter Menschen, die bereits (ebenso wie die Kommunisten) von den Nazis als Feinde behandelt worden waren, Unsägliches hatten erleiden müssen. In der Zeitung selbst findet man keine Hinweise auf

Gerichtsverfahren gegen Mitglieder der FDP und der ehemaligen SPD, die es aber auch in Thüringen gab. Derartige Verfahren fanden auch vor sowjetischen Militärgerichten statt, wo bekanntlich Strafmaße von zehn Jahren noch als sehr milde galten und mit einer heutigen Verurteilung zu einer Bewährungsstrafe gleichgesetzt werden könnten.

Die Politik und öffentliche Berichterstattung in der SBZ/DDR waren gespickt von Tabus. Deshalb sucht man in der Zeitung vergeblich nach Hinweisen auf allgemein bekannte Zeiterscheinungen, wie die Massenfluchtbewegung in Richtung Westen. 1950 waren 197.788 DDR-Bürger in die Bundesrepublik geflohen (Quelle: Jürgen Weber: Kleine Geschichte Deutschlands seit 1945, München 2002).

Von einer Existenz der sowjetischen Internierungslager erfuhr man als Zeitungsleser erst etwas, als diese auf Beschluss der sowjetischen Regierung im Januar 1950 aufgelöst wurden. Das KZ Buchenwald bei Weimar war bereits unter der Hitlerdiktatur ein berüchtigtes Vernichtungslager gewesen und nach Kriegsende von den Sowjets als Internierungslager genutzt worden. Reporter der Zeitung interviewten bei der Auflösung ehemalige Insassen.

Der Artikel (vom 20.1.1950) endet mit der Bemerkung: ...Abschließend zu unserem Besuch im Internierungslager Buchenwald können wir feststellen, daß einmütig von allen, nicht nur von denen, die wir sprachen, zum Ausdruck gebracht wurde, die Behandlung war durchaus korrekt und menschlich. ...

Wie lautete doch der von mir Eingangs erwähnte, vom Volksmund geprägte Spruch, den man auf den Lippen hat, wenn jemand lügt? Was wäre diese Berichterstattung ohne Hinweise auf „Amerikanische KZ in Deutschland“, in denen „Deutsche Freiheitskämpfer“ eingekerkert waren? (Bericht vom 13.1.1950). Die Zeitung verschweigt nicht, dass zum Beispiel im früheren KZ Dachau auch Nazi-Täter einsitzen. Allerdings würden diese eine bevorzugte Behandlung genießen.



„Thüringer Volk“ vom 5. März 1949
 Auf dieser Darstellung noch vereint: die „vier Klassiker des
 Marxismus-Leninismus“

Strafverfolgungen, die in der Berichterstattung der Zeitung eine Rolle spielen

Obwohl die Ausstellungstafeln und diese Arbeit in erster Linie die Funktion der ehemaligen politischen Haftanstalt in Gera am „Amthordurchgang“ zum Inhalt haben, sollen Beispiele der Verfolgung und Bestrafung krimineller Straftaten nicht völlig ausgeblendet sein, da damit umfassendere Einblicke in die Tätigkeit der Strafverfolgungsbehörden allgemein möglich sind und Vergleiche vorgenommen werden können.

Bei der Betrachtung und Untersuchung politischer Straftaten des Bearbeitungszeitraumes (ab Juli 1945 bis 1952) und der Funktion des Gefängnisses am Amthordurchgang, ist es erforderlich, eine Differenzierung vorzunehmen und bekannt gewordene Fälle einzeln zu betrachten und zu beurteilen. Eine Herangehensweise, die dies nicht berücksichtigt, könnte leicht den Vorwurf einbringen, ein Nazi-denunziant, der Nachbarn und sogar Familienangehörige bei der Gestapo angezeigt und dadurch in den Tod geschickt hatte, sei ebenso ein Opfer politischer Justiz der Sowjets, wie jener Sechzehnjährige, dem eine Mitgliedschaft im Werwolf vorgeworfen wurde, der aber keinem Menschen etwas zu Leide getan hatte. Die Angehörigen sowjetischer Militärorgane hatten (nach Aussagen betroffener Zeitzeugen) ein bestimmtes Soll zu erfüllen, was die Anzahl verhafteter Personen betraf. Es wäre wohl falsch und nicht vertretbar, zu behaupten, dass sämtliche Personen, die im untersuchten Zeitraum im Gefängnis am Amthordurchgang einsaßen, unschuldige, bedauernswerte Menschen waren. Auf der anderen Seite aber sollten auch jene Mitbürger bereit sein, sich zu besinnen, die meinen, in den Zellen hätten nach dem Krieg zunächst lediglich Nazis und Kriegsverbrecher eingesessen und später (zu Stasi-Zeiten) westliche Agenten, Spione und Saboteure, die ebenso ihrer gerechten Strafe entgehen mussten.

Ich glaube, dass eine objektive, von politischen Vorurteilen freie Behandlung dieser Thematik mit dazu beitragen kann, dass Gefängnissen dieser Art in Deutschland nur noch die Funktion von Mahn- und Gedenkstätten zukommt.

Was die Justiz betrifft, so geriet diese immer mehr unter den Einfluss der SED, auch bereits vor Gründung der DDR. Die Partei ging daran, „reaktionäre Elemente“ aus diesem Bereich zu entfernen. Ein prominentes Opfer war Helmut Külz, Landesdirektor des Landes Thüringen und Justizminister, der zwischen 1946 und 1948 im Land eine rechtsstaatliche Justizverwaltung und Gerichtsbarkeit schuf und der Forderung der SED nicht nachkam, zwei hohe Richter des Landes abzusetzen. Im April 1948 musste er deshalb sein Amt niederlegen. Er flüchtete nach Westdeutschland (Quelle: Leserbrief von Dr. Karl Heinz Gasser, Thüringer Innenminister, TLZ vom 31.7.2006).

Wenige Monate nach Gründung der DDR, im Februar 1950, sprach der erste Justizminister der DDR, Max Fechner (1892-1973), über die Verfassung als Grundlage der Rechtsordnung und forderte, dass die Justiz eine Waffe im Kampf um den Frieden sein müsse und die der DDR als Basis für eine demokratische und fortschrittliche Rechtsprechung in ganz Deutschland Gültigkeit besitze. Es ist wohl eine Ironie des Schicksals, dass Fechner den „demokratischen Charakter“ seiner Justiz am eigenen Leib zu spüren bekam, denn wegen seines Eintretens für das Streikrecht nach dem 17. Juni 1953, wurde er aus der SED ausgeschlossen und trug bis 1956 Sträflingskleidung.



Nach der Gründung der DDR kommen die berühmten Schauprozesse in die Schlagzeilen, 1950 unter der Regie von Dr. Hilde Benjamin, Vizepräsidentin des Obersten Gerichts und Generalstaatsanwalt Dr. Ernst Melsheimer, dem als einem der wenigen Ju-

risten mit nationalsozialistischer Vergangenheit, was den Beruf betrifft, der Sprung in ein derart hohes Amt gelungen war. Die Art ihrer Verhandlungsführung und der Umgang mit den Angeklagten unterschied sich nicht wesentlich von den bei Hitlers Volksgerichtshof angewandten Methoden.

Schwerpunkte der Strafverfolgungen und Verurteilungen in der SBZ / DDR

Vor deutschen Gerichten:

1945/46:

vorwiegend *kriminelle Straftaten*, die aus der allgemeinen Notsituation der Bevölkerung resultierten, wie Straßendiebstähle, Straßenraub, Entwendungen von Haustieren zum Zweck des Schlachtens, Hehlereien, Schiebereien, Schwarzhandel.

Ab 1946:

Nazi-Verbrecher. Hierbei handelte es sich um Ahndung von Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die von Personen während der Zeit der Hitlerdiktatur begangen wurden. Einen großen Raum nimmt dabei das weit verbreitete Denunziantentum ein. Die bei der Gestapo angeschwärzten Opfer mussten nicht selten unsägliche Qualen erleiden, verschwanden in Zuchthäusern und Konzentrationslagern. Für manche hatte eine Denunziation auch tödliche Folgen.

„*Gestapo-Schergen*“. Verurteilung von Angehörigen der Geheimen Staatspolizei, wegen der von ihnen begangenen Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Verbreitung von Gerüchten und „Flüsterpropaganda“. Gemeint war damit das „Verunglimpfen von Frauen und Männern in verantwortlichen Stellen“.

Ab 1948:

Agenten, Spione, Saboteure. Westliche Agentenorganisationen kommen in die Schlagzeilen.

Als eine derartige „Spionagezentrale Schumachers“ wird das Ostbüro der SPD bezeichnet.

Februar 1949:

Bandenkriminalität. Erstmals beschäftigen sich deutsche Gerichte (in Nordhausen und Langensalza) mit derartigen Delikten, begangen von Personen in sowjetischen Uniformen.

Die Urteile bewegten sich zwischen dreieinhalb und zwölf Jahren Zuchthaus.

Ab 1950:

Gerüchte-Verbreitung. Strafverfahren gegen Personen, die nach Ausbruch des Korea-Krieges folgende Information verbreiteten (von den Strafverfolgungsbehörden als „Gerücht“ bezeichnet): In Korea kämpfende, amerikanische Truppen hätten unter ihren Kriegsgefangenen Personen festgestellt, die eine deutsche Nationalität besäßen. Bei näherer Befragung habe sich herausgestellt, dass es sich um deutsche Kriegsgefangene aus der Sowjetunion handele, die nun auf der Seite Nordkoreas gegen die Amerikaner gekämpft hätten.

Ob an diesem, damals weit verbreitetem Gerücht etwas Wahres sein könnte, konnte durch die bisherigen Recherchen nicht geklärt werden. Die Behörden der DDR verfolgten die Personen, die das Gerücht verbreiteten mit der ganzen Strenge des Gesetzes, richtete es sich doch gegen den „großen Bruder“, die Sowjetunion, die angeblich deutsche Kriegsgefangene aus ihrem Sibirien als Söldner in einen Krieg gegen die Amerikaner schickte. Das war in den Augen der Machthaber (ob wahr oder nicht) auf jeden Fall ein schwerwiegender Vorwurf. Unter Teilen der deutschen Bevölkerung weckte die Information aber Hoffnungen, dass bisher vermisste Angehörige noch am Leben sein könnten, und nun – Gott sei Dank – wohlbehalten in amerikanischer Gefangenschaft. Wer es wagte, ein solches Gerücht anderen zu erzählen, musste mit einer hohen Zuchthausstrafe rechnen, denn die Mitarbeiter Justiz des SED-Staates hatten von ihren Moskauer Freunden gelernt, dass man, vor allem mit Staatsfeinden, nicht zu milde umspringen darf.

Als ein anschauliches Beispiel sei ein Fall aus Heiligenstadt erwähnt, auf den ich bereits 1997 in der Zeitung „Das Volk“ vom 12.10.1950 aufmerksam wurde. Im Herbst 1950 mussten sich vier Einwohner Heiligenstadts vor Gericht verantworten, weil sie eben dieses Gerücht unter die Leute gebracht hatten. Alle erhielten hohe Zuchthausstrafen, so wie der Mitbesitzer einer Brauerei, der zu fünf Jahren und Vermögenseinzug verurteilt wurde. Es handelte sich um einen Herrn Franz Ständer, der (nach meinen Recherchen) 1981 in Lüdenscheid verstarb. Auf meine Anfrage beim Stadtarchiv Heiligenstadt schrieb mir Herr Siegl am 10.04.1997 dazu unter anderem folgendes: ...Es passt sehr gut zusammen, dass man gegen Herrn Ständer, der die Entnazifizierung gut überstanden hatte, plötzlich

eine Handhabe hatte, um aus seiner Brauerei einen volkseigenen Betrieb zu machen. Besonders die Zeit zwischen 1950 und 1953 war davon gekennzeichnet, dass unter den fadenscheinigen Vorwänden – der Denunziation war Tür und Tor geöffnet, Personen für kürzere oder längere Zeit im Gefängnis verschwanden und deren Eigentum fast immer am Ende zum Volkseigentum „verwandelt“ wurde...

Illegaler Handel. Zum Beispiel mit Nahrungs- und Genussmitteln und Buntmetallen über Westberlin.

Zeugen Jehovas. Die Glaubensgemeinschaft der Zeugen Jehovas (bereits während der Nazizeit größten Verfolgungen ausgesetzt) ist nach Einstufung als „amerikanische Agentenzentrale“ und dem Verbot in der DDR, im Visier der politischen Strafverfolgung. Es gibt zahlreiche Prozesse mit Verurteilungen zu hohen Zuchthausstrafen für ihre Mitglieder und Sympathisanten.

Agenten. Prozesse vor dem Obersten Gericht der DDR gegen Agenten und Spione westlicher Geheimdienste (z. B. Untersuchungsausschuss Freiheitlicher Juristen).

Saboteure. Unglücksfälle, so wie sie zu allen Zeiten auf der ganzen Welt geschehen und häufig auf menschliches Versagen zurückzuführen sind, wurden nicht selten als Sabotage ausgelegt und die Angeklagten entsprechend verurteilt.

Beispiel: Im Mai 1951 kam es im Reichsbahn-Ausbesserungswerk Meiningen zur Explosion des Kessels einer Lokomotive. Neben mehreren Verletzten forderte das Unglück sechs Todesopfer. Im Bericht vom 29.1.1952 unter der Überschrift „Saboteure vor Gericht“ heißt es: ...Der Anklagevertreter betonte, dass in der Abwehr der Versuche der imperialistischen Kriegstreiber die Volkswirtschaft unserer Republik durch Sabotageakte zu schädigen, mit unnachsichtiger Strenge geahndet werden müsse...

Ebenfalls 1952 ereignete sich im Zwickauer Steinkohlenwerk „Martin Hoop“ ein Grubenunglück, bei dem 48 Tote und über 20 Verletzte zu beklagen waren. Vor dem 1. Strafsenat des Obersten Gerichts verwies Generalstaatsanwalt Melsheimer auf die Regierungsverord-

nung vom Oktober 1951 zum Schutz der Arbeit. Im Zeitungsbericht heißt es: ...Im Verlauf des Prozesses bekannten sich alle sieben Angeklagten für schuldig, gegen diese Verordnung verstoßen und bewusst Sabotage betrieben zu haben...

Nicht nur in den Verfahren, die von den DDR-Medien ausgeschlachtet werden durften, wurden Angeklagte ohne großes Federlesen zu „Agenten, Spionen und Saboteuren“ gemacht. Auch in den unzähligen, größtenteils bis heute unbekannt gebliebenen, weniger spektakulären Prozessen vor den 1. Strafsenaten der Bezirksgerichte wurden Angeklagte, nachdem sie die Untersuchungen in den Haftanstalten des MfS hinter sich hatten, entsprechend abgestempelt und bestraft. Davon können auch jene Zeugen Jehovas berichten, die in vielen Prozessen zu langjährigen Haftstrafen verurteilt wurden. Ihnen wurde häufig der Vorwurf gemacht, Agenten des amerikanischen Geheimdienstes zu sein. Man mag zu dieser Gemeinschaft stehen wie man will, es ist in einer Demokratie jedermanns eigene Sache, was er denkt und glaubt. Wer jedoch einige Kenntnisse von den Vorstellungen der Zeugen Jehovas hat, der weiß, dass es ihnen darum geht, nach einem Weltuntergang einmal in einer anderen Welt glücklich und ewig leben zu können. Sie haben gar keine Ambitionen, einem Staat der heutigen Welt zu dienen, ganz gleich auf welche Art und Weise, ganz gleich wie der auch heißen mag. Gewalt lehnen sie ab, ebenso wie den Militärdienst. Mit der Verfolgung der Zeugen Jehovas, stellten sich, nach meiner Meinung, die Machthaber der SED-Diktatur auf eine Stufe mit denen der Hitlerdiktatur.

Ein weiteres beredtes Beispiel für die willkürliche Festlegung der Staatssicherheit und Justiz, wer als Spion, Agent oder Saboteur zu verfolgen und zu verurteilen ist, hat Rudolf Piesior mit seinem Buch „Ich bin ein Spion und weiß es nicht, als angeblicher Geheimagent im Stasi-Knast Gera (1977/78)“ vorgelegt. Die Publikation erschien 2000 beim Landesbeauftragten des Freistaates Thüringen für die Stasi-Unterlagen.

Vor sowjetischen Militärgerichten:

ab 1945:

Bandenkriminalität. Prozesse, vor allem gegen Jugendliche, denen vorgeworfen wurde, Banden gebildet, die Bevölkerung terrorisiert und Gewaltverbrechen begangen zu haben, vor allem bewaffnete Raubüberfälle, aber auch Vergewaltigungen. Häufig ist in den Berichten die Rede davon, dass Bandenmitglieder sowjetische Militäruniformen und Waffen getragen und sich der russischen Sprache bedient hätten. Dies sei in der Absicht geschehen, den Opfern vorzutäuschen, sie seien von sowjetischen Soldaten überfallen, ausgeraubt und misshandelt worden. Die Urteile bewegten sich zumeist zwischen 10 und 25 Jahren Arbeitslager, aber auch Todesurteile wurden verhängt und vollstreckt.

Wenn man die Tatsachen in Betracht zieht, dass es vor allem in den ersten Nachkriegsjahren zu kriminellen Handlungen und gewalttätigen Übergriffen durch sowjetische Militärangehörige gegenüber deutschen Einwohnern kam, dann kommen berechtigte Zweifel auf, dass sämtliche derartigen Taten zu Lasten deutscher Räuberbanden gehen könnten. Bis zum Ende der DDR waren selbst belanglose Übergriffe und verhältnismäßig harmlose Handlungen sowjetischer Soldaten (beispielsweise Einbrüche in Gartenlauben) mit einem sehr strengen Tabu belegt. Nur gelegentlich kursierten Gerüchte.

In der Zeit von Oktober 1945 bis Juli 1946 kamen in Thüringen 141 deutsche Bürger durch Gewalttaten ums Leben, begangen von sowjetischen Militärangehörigen und in einem Fall von sowjetischen Zivilpersonen, die mit der Demontage von Industrieanlagen beauftragt waren. Bei diesen Verbrechen handelte es sich größtenteils um Raubmorde sowie Tötungsdelikte, in der Absicht, Augenzeugen zu beseitigen, was vor allem nach Vergewaltigungen vorkam. Quelle: Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar, Findbuch: Land Thüringen, Ministerium der Justiz, Signatur 606.

Werwolf-Tätigkeit. Der „Werwolf“ war eine von den Nationalsozialisten zum Ende des 2. Weltkrieges geschaffene Untergrundorganisation, mit dem Ziel, die vorrückenden Truppen der Alliierten zu be-

kämpfen, nach der Art der Partisanenbewegungen, mit denen deutsche Militäreinheiten in den von ihnen besetzten Gebieten konfrontiert waren. Im Werwolf freiwillig oder gezwungen mitwirkende Personen, waren größtenteils im jugendlichen Alter.

Die sowjetischen Militärbehörden gingen rigoros und ohne großes Federlesen gegen Verdächtige vor, ohne gründliches Überprüfen einer individuellen Schuld. So kam es auch hierbei zu wahllosen Verhaftungen, Drohungen, Erpressungen, verschärften Haftbedingungen und auch Folterungen, Einwirkungen, denen die meisten der jungen Menschen nicht gewachsen waren. Unter diesen Bedingungen, unter Angst, seelischen Belastungen und körperlichen Schmerzen, gaben viele Taten zu, die sie nicht begangen hatten, sondern ihnen von ihren Peinigern in den Mund gelegt wurden. Zweifler an derartigen Tatsachen, die es immer noch gibt, seien an die russische Mentalität erinnert, denn es ist kein Geheimnis mehr, wie die militärischen Vorgesetzten der in der DDR stationierten Truppen der Roten Armee, mit ihren Untergebenen, also eigenen Landsleuten umsprangen. Und das geschah noch Jahrzehnte nach Kriegsende. Hier greift also keine Ausrede auf die Nachkriegszeit, in der eben noch eine gewisse Härte und Rohheit geherrscht habe.

Eine Anklage wegen Werwolfstätigkeit brachte in der Regel Verurteilungen zwischen 10 und 25 Jahren ein, aber auch die Todesstrafe.

Antisowjethetze. Dies war ein sehr dehnbarer Begriff und Vorwurf. Bereits eine belanglose, unbedacht dahingesagte abfällige Bemerkung über „die Russen“, oder das Erzählen politischer Witze über führende Partei- und Staatsfunktionäre (Stalin) konnte eine Verhaftung nach sich ziehen. Aber auch der Besitz und die Verbreitung von Druckerzeugnissen antisowjetischen Inhalts fielen darunter.

1947:

„*Saboteure an der Volksernährung*“. Hohe Zuchthausstrafen in Berlin für Schiebereien mit Lebensmitteln.

1948:

Faschistische Provokateure. Wegen antidemokratischer Provokationen und Kriegshetze verurteilte ein sowjetisches Militärgericht fünf

Angeklagte zu je 25 Jahren Haft. Ihnen war unter anderem vorgeworfen worden, die rote Fahne vom Brandenburger Tor entfernt zu haben.

1950:

USA-Spione. Das Militärtribunal der sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland verhandelte gegen mehrere deutsche Staatsangehörige, die der Spionage angeklagt waren. Neben hohen Zuchthausstrafen wurden auch sechs Todesurteile gefällt.

Chronologische Zeitbetrachtung

Welt-, Deutschland- und Landespolitik, Justiz, Geschehnisse in Thüringen, Lokales – an ausgewählten Beispielen. Alle Auszüge sind aus der Zeitung „Tribüne“, die am 9. April 1946 in „Das Thüringer Volk“ bzw. bald darauf in „Thüringer Volk“ und ab 1952 in „Volkswacht“ umbenannt wurde. Die Daten der Veröffentlichungen sind in Klammern gesetzt.

1945

„Tribüne“

Gute Vorsätze

...Es muss eine antifaschistische demokratische Jugend entstehen, die dazu beiträgt, daß später das deutsche Volk wieder einen Platz innerhalb der friedliebenden Nationen einnehmen kann. Es darf keine militaristische, sondern nur noch eine antimilitaristische Jugend geben... („Jugend vor dem Massenmord“, 13.10.1945).

...Ausmerzungen der Naziliteratur, Verbotsliste der Verlage, Werke und Autoren ... (13.10.1945)

Neues Recht

...Vielleicht ist manchem noch gar nicht deutlich aufgegangen, daß unser oberster Gesetzgeber jetzt die Besatzungsmacht, also die Sowjet-Militär-Administration ist. Was sie befiehlt hat Gesetzeskraft und geht dem deutschen Recht vor... („Welches Recht gilt?“ von Oberlandesgerichtspräsident Dr. Barth, Gera, am 10.11.1945).

...Die Justiz steht vor der schweren Aufgabe, verlorenes Ansehen wieder zu gewinnen und darüber hinaus in Zukunft ein wirklicher Schutzwall des Rechts zu werden... („Neuaufbau der Justiz“, von Dr. Schultes, 22.12.1945).

Einbrüche und Diebstähle

...So wurden im August 1945 von 3 Angehörigen der Bande auf freiem Feld zwischen Grobsdorf und Naulitz ein Kalb durch einen mitgebrachten Hammer betäubt, dann abgestochen und ausgegenommen... („Aus dem Gerichtsleben, Aburteilung von Bandendiebstählen“, 15.12.1945).

1946

„Tribüne“

Churchill-Rede und Stalins Reaktion

...Frage: Wie werten Sie die letzte Churchillrede, die dieser in den Vereinigten Staaten von Amerika gehalten hat?

Antwort (Stalin): Ich werte sie als einen gefährlichen Akt, der darauf berechnet ist, den Samen der Zwietracht zwischen den verbündeten Staaten zu säen und deren Zusammenarbeit zu erschweren... („J.W. Stalin geißelt die Churchill-Rede“, 16.3.1946).

Justiz auf neuen Wegen

...Volksnahe Justiz ist das Gebot der Stunde. Die Gerichtsbehörden müssen mehr als bisher die Zeichen der Zeit verstehen und erkennen, was das Volk von der neuen demokratischen Justiz erwartet... („Demokratische Rechtspflege“, 22.2.1946).

„Das Thüringer Volk“ (Zeitung der SED Thüringens)

Schieber

...Sie haben Berge von Mangelware gehortet und der Bevölkerung entzogen. Sie haben sich schwer am Aufbau des neuen demokratischen Staates vergangen und sind somit die gefährlichsten Schrittmacher der Reaktion... Wir Polizeimeister geloben weiterhin, unsere Anstrengungen gegen dieses Gesindel zu verdoppeln und ihnen vernichtende Schläge zu versetzen, daß ihnen die Lust vergeht, auf

Kosten des Volkes ein Schmarotzerdasein zu führen. ... („Schieber sind Kriegsverbrecher!“, 18.5.1946).

...Harte Strafen sind notwendig... („Schieber, Schwarzhändler, Gerüchtemacher“, von Bürgermeister Fritz Gießner, 29.5.1946).

Späte Gerechtigkeit

...Die Aburteilung des Nazidenunzianten Puttfarken in Nordhausen, der einen Antifaschisten durch seine Anzeige der Nazijustiz zur Hinrichtung auslieferte, hat jetzt in Mühlhausen tief berührt, da hier ein ähnlich gelagerter Fall vorliegt... („Nazi-Denunziant in Mühlhausen festgestellt / Seine Anzeige hatte Hinrichtung eines Antifaschisten zur Folge“, 25.5.1946).

...Nach anderthalbstündiger Beratung verkündete Landgerichtspräsident Dr. Buchwald das Urteil des Schwurgericht: Der Angeklagte Puttfarken wird wegen Beihilfe zum Mord zu lebenslänglichem Zuchthaus und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf Lebenszeit verurteilt... (Die Staatsanwaltschaft hatte die Todesstrafe gefordert. / „Lebenslängliches Zuchthaus für Puttfarken – Erste Schwurgerichtsverhandlung in Thüringen gegen einen Nazidenunzianten“, 9.5.1946).

...Vor der Großen Strafkammer des Landgerichts Gera kam der Prozeß des kommissarischen Amtsarztes Dr. Klaus Rau zur Verhandlung, der die Schuldigen ihrer gerechten Strafe zuführte. Wie bekannt, wurde Dr. Rau während der Nazizeit denunziert und ins Gefängnis gebracht... („Dr. Rau verklagt die Denunzianten – Gemeinheiten finden ihre Sühne, hohe Gefängnisstrafen“, 18.9.1946). Die drei Angeklagten wurden zu zwei Jahren und sechs Monaten sowie zu neun und sechs Monaten verurteilt.

Werwölfe

...Berlin (SNB). Eine große Gruppe junger Nazis trifft, wie Reuter berichtet, jeden Abend in Charlottenburg im britischen Sektor Berlins zusammen...er hatte zwei Reisegenehmigungen und ein Dokument bei sich, das ihn berechtigte, eine Arbeiterlebensmittelkarte in Empfang zu nehmen, und an seiner Kleidung war das Abzeichen des

„Wolfes“, das Kennzeichen der Jugendorganisation Hitlers befestigt... („Werwölfe in Berlin“, 15.5.1946).

Wahlkampf

...In zunehmendem Maße werden in der letzten Zeit Wahlpropagandamittel der SED beschädigt oder vernichtet. Plakate werden von volksfeindlichen Elementen abgerissen, beschmutzt, überklebt oder sonst wie unkenntlich gemacht... („Schluß mit den Plakatmardern!“, 24.8.1946).

Bestrafung von Kriegsverbrechern

...Wir veröffentlichen heute den Wortlaut des Gesetzes der Thüringer Landesverwaltung über die Enteignung der Betriebe der Hauptschuldigen am Hitlerkrieg und der Katastrophe Deutschlands. Mit ihm ist eine endgültige Entscheidung über die Verwendung der sequestrierten Betriebe getroffen... („Sühne für das Kriegsverbrechen“, 27.7.1946)

1947

„Thüringer Volk“

Neue Richtergeneration

...Die deutsche Justizverwaltung empfinde es dankbar, daß die Justiz in der Ostzone gründlich gesäubert werden konnte. Die Entwicklung im Westen müsse man dagegen mit größter Sorge verfolgen...Während Präsident Melsheimer diese Frage noch klarer formulierte, indem er erklärte, daß der unpolitische Richter keinen Platz mehr habe in der neuen Demokratie... („Die Richter der neuen Demokratie – die Absolventen der Volksrichter-Lehrgänge tagten in Weimar“, 25.11.1947).

Kampf dem Imperialismus!

...Es wäre also völlig verfehlt, am 1. Mai 1947 auf die Forderung zu verzichten, den Imperialismus zu zerschlagen... („Kampf dem Imperialismus“ von Karl Doerr, 1.5.1947).

Abschaffung der Todesstrafe

Berlin (ADN): Der Erlaß des Präsidiums des Obersten Rates der UdSSR über die Abschaffung der Todesstrafe in Friedenszeiten vom

26. Mai 1947 erstreckt sich nicht nur auf Bürger der Sowjetunion, sondern auch auf Ausländer, die nach sowjetischen Gesetzen wegen eines Verbrechens zur gerichtlichen Verantwortung gezogen werden und wird in vollem Umfang auch auf deutsche Bürger angewendet, die im sowjetischen Sektor Berlins abgeurteilt werden. Diese gaben die Justizbehörden der sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland bekannt. Bei Verbrechen, die nach den in der Sowjetunion geltenden Gesetzen mit der Todesstrafe geahndet werden, wird nunmehr von den sowjetischen Gerichten auf 25 Jahre Arbeitslager erkannt... („Abschaffung der Todesstrafe“, 7.6.1947)

Bemerkung: Am 14. Januar 1950 meldete die Zeitung „Neues Deutschland“, das Zentralorgan der SED, auf Seite 1 unter der Überschrift „Keine Gnade für Verräter und Spione“, dass das Präsidium des Obersten Sowjets die Wiedereinführung der Todesstrafe beschlossen habe. Die Einführung der Todesstrafe für Verräter, Spione und Saboteure sei eine deutliche Warnung für die angloamerikanischen Kriegstreiber, heißt es darin. Die Wiedereinführung hätten die Werktätigen der Sowjetrepubliken, Gewerkschaften, Bauernorganisationen und Kulturschaffende gefordert. Hinter dieser Mitteilung wird eine demagogische Methode erkennbar, die auch von den Machthabern der SED-Diktatur angewandt wurde. In Schauprozessen gegen Staatsfeinde verhängte hohe Strafen wurden mitunter, der Öffentlichkeit gegenüber, ebenfalls damit begründet, dass diese von „Werktätigen in Betrieben“ in Eingaben gefordert wären.

Entnazifizierung

...Vor der Entnazifizierungs-Kommission des Landkreises Gera hatten sich am Dienstag verschiedene Naziaktivisten zu verantworten, unter ihnen der ehemalige Bürgermeister, Schneidermeister Alfred Zorn und seine Tochter Hanni Zorn, die als Gemeindeangestellte arbeitete... („Der ‚kleine Hitler‘ von Taubenpreskeln – vor der Entnazifizierungs-Kommission“; 1.12.1947).

...als Mitglied des SA-Motorsturms Gera hatte er mindestens an zwei terroristischen Aktionen teilgenommen... („Der Tyrann von Roschütz – Nazi-Aktivist Arno Pfab vor der Entnazifizierungs-Kommission“, 8.12.1947).

Keine politische Strafkammer

...Am vergangenen Donnerstag fanden vor der Strafkammer Gera die ersten Strafverfahren nach Befehl 201 statt. ... Es wird Verwahrung dagegen eingelegt, daß sie als politische Strafkammer bezeichnet wird. Wir kennen in unserem demokratischen Recht keine politischen Strafkammern, keine Sondergerichte mit ihren willkürlichen Verfahren. ... („Den Schuldigen die gerechte Strafe, Die ersten Strafverfahren nach Befehl 201 vor der Kleinen Strafkammer Gera“, 20.12.1947).

1948

„Thüringer Volk“

Der Kalte Krieg zeichnet sich ab

...Berlin (ADN). Informationen im östlichen Deutschland und insbesondere über die Tätigkeit der Sowjetbehörden zu sammeln, bezeichnet der Washingtoner Korrespondent der Reuter-Agentur als eine der Gründe für ein weiteres eventuelles Verbleiben amerikanischer und englischer Besatzungstruppen in Berlin. ... („Berlin englisch-amerikanisches Spionagezentrum – Die wirklichen Pläne der Engländer und Amerikaner“, 25.3.1948).

Die SED wittert Gefahr

...Im Zusammenhang mit der Aufdeckung der Schumacherschen Spionagegruppe in Thüringen durch die Untersuchungsorgane der inneren Angelegenheiten der sowjetischen Militärverwaltung geht uns heute folgende Erklärung von Funktionären der ehemaligen SPD in der sowjetischen Besatzungszone zu:... Als ehemalige langjährige Mitarbeiter und Funktionäre der SPD erklären wir, daß diese verbrecherische Tätigkeit bezahlter Agenten westlicher Monopolisten nichts gemein hat mit dem Kampf für Demokratie und Sozialismus. Auf dem Vereinigungsparteitag im April 1946 haben sich SPD und KPD freiwillig aufgelöst und zur SED neu konstituiert. ...Es ist deshalb notwendig, unter Ablehnung aller opportunistischer Strömungen der Vergangenheit, unseren sozialistischen Weg zu gehen... („Entlarvt die Agenten des Klassenfeindes“, 14.9.1948).

...Seitdem die Sozialdemokratische Partei Deutschlands von Kurt Schumacher und seiner Clique geführt wird, hörte die SPD allmäh-

lich auf, eine politische Partei zu sein. Schumacher versucht, die Organe der Partei in eine Spionageorganisation zu verwandeln, die auf Anweisung englisch-amerikanischer imperialistischer Kreise arbeitet... („Ostbüro' Spionagezentrale Schumachers. Sozialdemokrat Lohrenz enthüllt / Schmähhlicher Missbrauch einer Arbeiterpartei“, 1.7.1948).

D-Mark und Ost-Geld

...In den westlichen Besatzungszonen ist die separate Währungsreform durchgeführt... Die separate Währungsreform in den westlichen Besatzungszonen beschließt die Spaltung Deutschlands... („Währungsreform in der Ostzone. Befehl des Obersten Chefs der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland Nr. 111“, 24.6.1948).

Wer nicht spurt, der fliegt

...Im Zuge der Bereinigung der Partei von unsauberen und schädlichen Elementen wurde der ehemalige Leiter des Amtes für Arbeit und Sozialfürsorge, Max Klippel, durch die Betriebsgruppe und die Kontrollkommission des Kreisvorstandes aus der SED ausgeschlossen und mit sofortiger Wirkung seines Amtes enthoben... („Feind der Arbeiterklasse entlarvt“, 22.10.1948).

...Der Neulehrer Rudolf Mangold wurde wegen seiner krassen antidemokratischen und sowjetfeindlichen Einstellung aus der SED ausgeschlossen... Seine provozierenden Äußerungen über angebliche Greuelthaten von Angehörigen der Besatzungsmacht und seine Verleumdungen hoher Vertreter der Sowjetunion in Deutschland haben einwandfrei seine antisowjetischen Ansichten bewiesen... Mangolds gegenwärtiger Aufenthalt ist unbekannt, er ist vermutlich nach dem Westen flüchtig... („Sowjetfeindlicher Neulehrer aus der Partei ausgeschlossen“, 22.10.1948).

Kein Wunder!

...In Gotha ist es vorgekommen, daß Lehramtsbewerber, sobald sie in den Schuldienst übernommen waren, aus unserer Partei, der sie kurz vor ihrer Bewerbung beigetreten waren, wieder austraten... („Genossen Lehrer, seid wachsam! Eine Reihe von Beispielen die zum Denken Anlaß geben“, 22.10.1948).

Wie ein richtiger Richter zu sein hat

...Wir können die Auffassung, daß der Richter unpolitisch sein müsse und deshalb keiner Partei angehören dürfe, nicht teilen, weil wir wissen, daß es ein Unpolitisch sein nicht gibt... Der bewußte Eintritt in eine Partei soll das Ergebnis der politischen Erkenntnis, ihre Krönung, ihr Umsetzen in der Praxis sein. ...Marx und Engels haben uns die entscheidende Erkenntnis vermittelt, daß der Staat eine Einrichtung der jeweils herrschenden Klasse ist, um ihre Herrschaft aufrechtzuerhalten... Über die befreiende Erkenntnis der Lehren von Marx und Engels gerade auf dem Gebiete des Staates und des Rechts werden die Juristen zu der Partei finden, die die Trägerin dieser Lehre ist... („Die ‚Unparteilichkeit‘ der Richters“, 12.5.1948).

Protest gegen die Währungsreform in Westdeutschland

...Weimar (Eigener Bericht). Heute Vormittag fand nach Bekanntwerden der separaten Währungsreform in Westdeutschland in der Landeshauptstadt eine öffentliche Kundgebung statt, auf welcher der Landesvorsitzende der SED, Heinrich Hoffmann sowie ein Vertreter der CDU zu den Massen sprachen... Unsern Brüder und Schwestern in Westdeutschland, die durch das Diktat der Monopolkapitalisten von uns getrennt wurden, rufen wir zu: Verzagt nicht, wir werden euch in eurem schweren Kampf nicht im Stich lassen, sondern mit verstärkter Kraft dafür arbeiten, daß die Zonengrenzen niedergedrückt werden... („Protestkundgebung in der Landeshauptstadt“, 20.6.1948).

Na, so was!

...Ein sonderbares Parteiaktiv ist in Bad Blankenburg geschaffen worden, dem ein Dr. Thilo angehört, von dem die Partei bisher vergeblich verlangt hat, daß er sein Kreismandat niederlegt. Thilo ist in seinem ganzen politischen Verhalten schumacherfreundlich. Genosse Herber bezeichnete ihn als einen Feind der sozialistischen Sowjetunion. Es ist ganz klar, daß unter solchen Umständen Dr. Thilo nicht nur nicht Mitglied eines Parteiaktivs sein kann, sondern aus der Partei ausgeschlossen werden müsste... („Sonderbares Parteiaktiv in Bad Blankenburg“, 2.10.1948).

Amerikanische Militärjustiz

...Ludwigsburg (ADN). Die verantwortlichen Redakteure der KPD-Mitteilungsblätter „Volksstimme“ in Stuttgart und „Badisches Volks-echo“ in Mannheim, Hans van Dyck und Kurt Weber, wurden von dem mittleren amerikanischen Militärgericht in Ludwigsburg bei Stuttgart wegen „Verbreitung bössartiger Angriffe gegen das Personal und die Politik einer Besatzungsmacht“ zu einem Jahr bzw. drei Jahren Gefängnis mit Bewährungsfrist und zu je 300 D-Mark Geldstrafe verurteilt... („Gefängnisstrafen für KPD-Redakteure“, 3.11.1948).

Bemerkung dazu: Solche politisch motivierten Urteile, gefällt durch Militärgerichte westlicher Besatzungsmächte in Deutschland, stehen in keinem Verhältnis zu den Urteilen sowjetischer Militärgerichte in der SBZ, die sich zwischen 10 und 25 Jahren Arbeitslager bewegten und nicht selten sogar den Tod für die Angeklagten bedeuteten. Zudem kam es nicht selten zu willkürlichen Verhaftungen, auch völlig unschuldiger, zumeist jungen Menschen. Ob von den Sowjets gelegentlich auch Bewährungsstrafen ausgesprochen wurden, ist mir nicht bekannt und kann wohl mit Recht angezweifelt werden.

Urteile haben „politische Taten“ zu sein

...Der Staatsanwalt hat in seinem Vortrag in der Hauptverhandlung, wo auch immer möglich, die großen Gesichtspunkte unseres neuen Rechtsdenkens aufzuzeigen und den Richtern und Schöffen vor Augen zu führen, aus ihnen die Verwerflichkeit der jeweils zur Aburteilung stehenden Straftat abzuleiten. Die Berufsrichter haben in ihrer Beratung mit den Schöffen die große Linie der Rechtsprechung zu erörtern, nach ihr das richtige Urteil im Einzelfall zu suchen und zu finden. Sie müssen mit den Schöffen, wenn's not tut, um jedes einzelne Urteil ringen, ihnen die Ausstrahlungen ihres Spruches begreiflich machen, sie mitreißen und ihnen vor Augen führen, daß jedes Urteil eine politische Tat im besten Sinne des Wortes ist... („Volksverbundene Justiz“ 15.11.1948).

„Reaktionäre Elemente“ in der Justiz

...Wenn auch zuzugeben ist, daß hier und da noch reaktionäre Elemente in der Justiz vorhanden sind, die beseitigt werden müssen, so leisten doch in überwiegendem Maße die Organe der Justiz unter oft schwierigen materiellen Verhältnissen und bei großer Arbeitsüber-

lastung eine umfangreich und wertvolle Aufbauarbeit, die bisher nicht genügend gewürdigt worden ist... („Justiz auf neuen Wegen“, 8.12.1948).

1949:

„Thüringer Volk“

Partei und Kirche

...Wenn Herr Grollmus (damals Pfarrer im Krs. Nordhausen, der Autor) unter der Tarnung der Glaubensdinge erklärt: Die Kirche lasse sich mit dem Marxismus nicht vereinigen... Der Marxismus sei der größte Gegner der Kirche und deshalb ihr Feind ...Durch den Marxismus sei der Teufel auf Erden los, so nehmen wir ihm das nicht weiter übel. Derartige pfäffische Pfeile beweisen schließlich nur die gewohnte Engstirnigkeit und Unduldsamkeit gewisser kirchlicher Beamter... („Was meinen Sie zu Pfarrer Göpfert?“, 14.4.1949).

Bemerkung dazu: In dem Artikel wurde auch ein Pfarrer Göpfert aus Saalfeld scharf angegriffen, deshalb der Name in der Schlagzeile.

Losungen der SED zum 1. Mai

...Es lebe der 1. Mai, der Kampftag der Werktätigen in der ganzen Welt! ...

...Für Frieden und Völkerverständigung! Gegen imperialistische Kriegshetze! ...

...Solidarität mit der Sowjetunion, der stärksten Kraft im Kampf für Frieden und Demokratie! ... Die Sowjetunion ist Deutschlands bester Freund! ...

...Für eine unteilbare demokratische deutsche Republik!...

...Schluß mit dem Währungsverbrechen und der Spaltung!...

...Schluß mit der kolonialen Versklavung Westdeutschlands!...

Unmenschliches Handeln bestraft

...Die Beweisaufnahme ergab bisher einwandfrei, daß der Angeklagte Roßmann zu den drei hinter der Scheune versteckten Buchenwaldhäftlingen ging, wo ihnen Caaschwitzer Frauen zu essen brachten, und von ihnen die Ausweispapiere verlangte. Er nahm sie dann mit zu der Elsterbrücke, wo sie ihm von der SS oder Wehrmacht Angehörigen abgenommen wurden. Nach kurzer Mißhandlung

wurden die Häftlinge erschossen und in die Elster geworfen... („Erschießungen bis zu letzten Minute“, 27.6.1949).

Bemerkung dazu: Die Verhandlung fand am 21.6.1949 vor der Großen Strafkammer des Landgerichts Gera statt. Das Urteil lautete auf zehn Jahre Zuchthaus und zwei Jahre Gefängnis mit Nebenstrafen („Ein Handlanger der Unmenschlichkeit“, 2.7.1949).

Ein neues Kriegsgewitter droht?

...Mit Sorge haben die Abgeordneten des Thüringer Landtages die verhängnisvolle politische Entwicklung, den ständig wachsenden Einfluß des englisch-amerikanischen Monopolkapitals und die damit verbundene Erstarkung reaktionärer und chauvinistischer Elemente im Westen unseres Vaterlandes verfolgt. In der 62. Sitzung der Thüringer Volksvertreter am gestrigen Donnerstag nahmen die Abgeordneten in einer einstimmig angenommenen Entschließung Stellung... („Bonn bedeutet Kolonialsklaverei und Krieg, Thüringer Landtag ruft alle deutschen Männer, Frauen und die Jugend zum Kampf für Einheit und Weltfrieden auf“, 30.9.1949).

Illusionsreiches Wunschdenken der SED

...Erfreulicherweise haben all die Menschen in Deutschland, die für die Einheit unseres Landes eintreten, den Kampf gegen die westdeutschen Spalter, den Kampf gegen Adenauer und seine Hintermänner in verstärktem Umfang aufgenommen... („Geht Dr. Adenauer ko? Länderpokalspiele im Zeichen der Einheit Deutschlands“, 19.9.1949).

Die DDR ist aus der Taufe gehoben

...Zustimmung aus Köln. Ich hoffe, daß die Regierung in Berlin der Lehrmeister der Westregierung sein wird. Denn nach meiner Meinung ist die Westregierung abhängig vom amerikanischen Kapital, dagegen die Menschen in der Ostzone sind nicht abhängig von Marshallplan und Atlantikpakt. Anny Meter, Köln-Ehrenfeld, Eiseheilgenstraße 58...

(„Die Deutsche Regierung, Einmütiges Vertrauensvotum der Provisorischen Volkskammer – Erklärung des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl zum Regierungsprogramm“, 13.10.1949).

Unfassbares aus der Nazizeit gesühnt

...Wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit, bzw. wegen Mithilfe bei diesem Verbrechen verurteilte die Große Strafkammer 201 in Erfurt am 18.11.1949 den Bauer Vollhardt aus Großkromsdorf (Kreis Weimar), früher in Rußdorf (Kreis Gera) zu sieben Jahren Zuchthaus und zum Verlust des gesamten Vermögens und die Arbeiterin Helene Holz aus Thränitz (Kreis Gera) zu zwei Jahren Gefängnis. Gegen beide wurde außerdem auf die Nebensühnemaßnahmen wirtschaftlicher Art gemäß der Kontrollratsdirektive 38 erkannt... („Der Sohn brachte den eigenen Vater ins KZ, sieben Jahre Zuchthaus und zwei Jahre Gefängnis als Sühne“, 20.11.1949).

Bemerkung dazu: Aus dem Wortlaut des Gerichtsberichtes geht hervor, dass der Angeklagte mit seinem Vater wegen eines Erbes (Bauernhof) in Unfrieden lebte. Es fasste den teuflischen Plan, mit Hilfe der Angeklagten, den Vater bei der Gestapo anzuzeigen. Beide beschuldigten ihn, sich über Hitler und den Gauleiter von Thüringen, Sauckel, abfällig geäußert zu haben. Der alte Bauer wurde daraufhin verhaftet und kam 1942 im KZ Buchenwald ums Leben.

Zu Ehren Stalins

...Auch in Stadt und Land Gera mehrt sich die Zahl der Betriebe, die beschlossen haben, als Beitrag für das Geburtstagsgeschenk der Gewerkschaften für Generalissimus Stalin mehrere Stunden Mehrarbeit zu leisten, um damit ihre Verbundenheit mit dem großen internationalen Arbeiterführer und ihre Freundschaft mit der Sowjetunion zum Ausdruck zu bringen... („Stalin-Produktionsaufgebot“, 20.11. 1949).

Stalinkult in Reinkultur

...Am 21. Dezember feiert die werktätige Bevölkerung aller Länder und mit ihm die ganze fortschrittliche Menschheit den 70. Geburtstag Josef Wissarionowitsch Stalin, des großen Wissenschaftlers und Staatsmannes, des Führers aller fortschrittlichen Menschen im Kampfe um Frieden, Demokratie und Sozialismus... („Gruß dem Genius unserer Epoche – Der Parteivorstand der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zum 70. Geburtstag J. W. Stalins“, 20.12.1949).

*... Von Mund zu Mund wird man dich weitersagen
Und steht dein Name auch in Erz und Stein:
Dein Name wird im Weltraum eingetragen
Wie der Gestirne Schein und Widerschein...*

(Zitat aus einem Gedicht von Johannes R. Becher, dem ersten Kulturminister der DDR, veröffentlicht im Beitrag „Stalin“ von Wilhelm Pieck, 21.12.1949). In diesem Artikel des DDR-Staatspräsidenten auch folgende Erkenntnis: ...Das Wissen der Welt ist Stalin!...

Bemerkung dazu: Die SED-Zeitung war zum 70. Geburtstag des Diktators täglich voller Lobhudeleien. Das größte Fest der Christen jedoch – Weihnachten – findet man kaum erwähnt.

1950:

„Thüringer Volk“

Fast fünf Jahre verschwiegen: Internierungslager Buchenwald

...In der Freizeit standen uns Zeitungen, Sportgeräte, unterhaltende Spiele aller Art zur Verfügung. Kinoveranstaltungen wurden durchgeführt und Gottesdienste abgehalten...

(Aus der Aussage des entlassenen Internierten Alfred Schenke aus Berlin-Charlottenburg gegenüber einem Reporter der Zeitung. Beitrag: „Wir waren in Buchenwald, Entlassungsaktion der ehemaligen Internierten in vollem Gange“, 20.1.1950).

...Kürzlich hatten die beiden Heimgekehrten beim Bürgermeister Franklin Kappe (LDP) eine Aussprache mit Landrat Liebsch, der von ihnen etwas über das Leben im Internierungslager wissen wollte. Beide sprachen sich über die Behandlung im Lager lobend aus und erwähnten besonders die vorbildliche ärztliche Betreuung... („Ehemalige Internierte sind überrascht. In Buchenwald wurde niemand zu politischer Schulung gezwungen“, 8.2.1950).

Nationaler Befreiungskampf ?

...Mit der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik und durch die Schaffung der Verfassung begann ein neuer Abschnitt des nationalen Befreiungskampfes. In diesem Rahmen ist es die Aufgabe der fortschrittlichen Justiz, auf der Grundlage der Verfassung die

bisherigen Errungenschaften der Demokratisierung zu festigen und ihren weiteren Ausbau sicherzustellen. („Verfassung: Grundlage der Rechtsprechung, Justizminister Dr. Fechner in Erfurt und Ettersburg“, 7.2.1950).

Bemerkung: Mit dem Paragrafen sechs („Boykotthetze“) der DDR-Verfassung vom 7. Oktober 1949 war nun eine gesetzliche Grundlage geschaffen, politische Urteile zu fällen, obwohl die Machthaber der SED-Diktatur die Verwendung dieser Bezeichnung für ihre Justiz nicht erlaubten. Es war sogar Justizminister Fechner persönlich, der dies betonte und dann, wie bereits eingangs erwähnt, ein Opfer seiner eigenen politischen Justiz wurde.

Politische Urteile in West-

...Düsseldorf (ADN). Das nordrhein-westfälische Innenministerium hat alle Gefängnisverwaltungen angewiesen, verhaftete Friedenskämpfer in das Zuchthaus Lüthringhaus zu überführen. Die beiden jungen Düsseldorfer, die ein britisches Kolonialgericht wegen ihres Eintretens für den Frieden zu fünf bzw. sieben Monaten Gefängnis verurteilte, sind bereits unter starker Polizeibewachung ins Zuchthaus Lüthringhaus verschleppt worden... („Ins Zuchthaus geschleppt“, 17.8.1950).

und Ostdeutschland

...Es ist besser wenn wir jetzt durchgreifen, hart urteilen und abschreckende Strafen verhängen, selbst wenn diese harten Strafen Grund zu Tränen unter den Angeklagten sind. Es ist diese eine kleine Zahl von Menschen; aber später sind es vielleicht Millionen, die angesichts der Opfer des von den Imperialisten geplanten Krieges in Blut und Asche ersticken. So erklärte Oberstaatsanwalt Rodewald am 6. Dezember vor der Großen Strafkammer des Landgerichts Gera in seiner Anklagerede gegen elf Angeklagte der Sekte „Zeugen Jehova“, die wegen antidemokratischer Boykott- und Kriegshetze im Dienste der westlichen Kriegspropaganda zu hohen Zuchthausstrafen verurteilt wurden. Die Angeklagten Erich Spranger aus Gera und Johann Selbmann aus Zeulenroda, die noch auf der Anklagebank ein fanatisch-frechtes Verhalten zeigten, erhielten je zehn Jahre Zuchthaus... („Zeigstellen amerikanischer Kriegshetzer unschädlich

gemacht – Zeugen Jehovas zu insgesamt 65 Jahren Zuchthaus bestraft“, 9.12.1950).

Bemerkung: Den Zeugen Jehovas, die bekanntlich jede Art von Gewalt ablehnen, „Kriegshetze“ vorzuwerfen, ist schon deshalb völlig unsinnig und an den Haaren herbeigezogen, weil diese in jedem Land der Welt den Wehrdienst verweigern. Auch in diesem Verfahren konnte den Angeklagten nicht die geringste Gewalttat – ob gegen Menschen oder Sachwerte – nachgewiesen werden.

„Volksfeindliche Tätigkeit“

...Die Tätigkeit der „Zeugen Jehovas“ dient uneingeschränkt den Feinden der Demokratie und verfolgt den Zweck, den Kriegsvorbereitungen des amerikanischen Imperialismus neue Opfer zuzutreiben. Die Führer und Hintermänner dieser Organisation sind Feinde unserer Republik und der Menschheit. Die Sicherheit unseres Volkes erfordert deshalb, daß man mit ihnen aufräumt... („Apostel der Kriegsvorbereitungen. Volksfeindliche Tätigkeit der „Zeugen Jehovas“, 30.8.1950).

Bemerkung: Personen, die als Staatsfeinde angesehen wurden, waren in ihren Augen keine Menschen mehr, sondern „Elemente“, mit denen „aufgeräumt“ werden musste. Jeder, der selbst in einem politischen Verfahren in der DDR angeklagt war, hat in unguter Erinnerung, mit welchen Begriffen Staatsanwälte und Richter operierten und sich dabei häufig einer Lautstärke bedienten, als hätten sie Schwerhörige vor sich.

Streiter wider die „amerikanische Kulturbarbarei“

...Komme ich doch dieser Tage von Bad Blankenburg durch Rudolstadt und lese interessiert die Plakate. Sehr oft sind ja auch bereits halb abgerissene und veraltete Plakate noch sehr aufschlussreich. Fand ich doch auf einem Plakat folgende bezeichnende Aufschrift: „Alt und jung trifft sich zum Heidelbeerfest in Unterwirschbach am 1. Juli 1950“. „Großes Heidelbeerkekswettbewerb!“ Mir ist dabei die Luft ganz kurz weggeblieben. Nicht etwa, weil man ein Heidelbeerfest veranstaltet, nein, das frei nach amerikanischer „Lebensweise“ veranstaltete Kekswettbewerb verschlug mir den Atem. Ich habe mich dabei bloß gefragt, ob denn das Kulturdezernat in Saalfeld von

dieser Sache keine Ahnung hatte. Die verantwortlichen Stellen sollten sich einmal mit Artikel IX unseres Fünfjahrplanes über die Entwicklung einer fortschrittlichen Kultur befassen, in dem es heißt: „Zur Überwindung der von der Kulturbarbarei des aggressiven amerikanischen Imperialismus geförderten reaktionären und volksfeindlichen Richtungen in Kultur und Kunst sind ernste Maßnahmen zu ergreifen...“

(„Amerikanische Kultur“ in Unterwirbach, Leserbrief, 17.8. 1950).

Bemerkung: Die Verfasserin oder der Verfasser dieses Leserbriefes gab sich anonym, lediglich mit: G. P., Erfurt, zu erkennen und das, trotz der vermuteten ideologischen Verbohrtheit, mit der Ahnung behaftet, sich doch vielleicht lächerlich zu machen. Diese, bei G. P. womöglich vorhandene Befürchtung sollte sich bewahrheiten. Am 1.9.1950 kam die Zeitung nicht umhin – womöglich etwas ungern – wegen zahlreicher in der Redaktion eingegangenen Widersprüche, die Befürchtung von G. P. zu dementieren.

...Die Verhältnisse liegen nämlich etwas anders, als es den Plakaten nach den Anschein hatte. Unterwirbach ist ein Heidelbeergebiet und das Heidelbeerkuchenwettbewerb ist ein alter Volksbrauch, den sich die Unterwirbacher nicht nehmen lassen wollen... Mit „amerikanischer Kultur“ hat das nichts zu tun.“ („An ‚Das Volk‘ geschrieben – Fehlgelassen!“, 1.9.1950).

Klassenkampf, Maxhüttenkumpel, Ringelsöckchen und Samba

...Vor einiger Zeit veröffentlichten wir in unserer Leserbriefecke die Zuschrift eines Kumpels aus der Maxhütte. Der Konsum hat uns dazu mitgeteilt, daß es sich bei diesen sogenannten Ringelsöckchen um einfarbige Herrenknöchelsöckchen mit Gummiband handelte. Sie hätten ein dezentes Muster, einen im Ton passenden Querstreifen. Wir sind keine Bilderstürmer, die gegen eine farbenfrohe, geschmackvolle Kleidung etwas haben, aber Ringelsöckchen sind – wie Samba – Ausdruck westlicher „Kultur“. Aus diesem Grunde lehnen die Werktätigen Ringelsöckchen ab. Das war der Sinn des Leserbriefes und das hat der Konsum auch verstanden und den Wunsch an die Produktionsbetriebe weitergeleitet. Für den Verband Thüringer Konsumgenossenschaften ist es selbstverständlich, daß

Ringelsöckchen nach amerikanischem Muster abgelehnt werden... („Brauchen Werktätige Ringelsöckchen?“, 31.8.1950).

Bemerkung: Wer selbst in die DDR gelebt hat, und wie ich von 1947 bis 1964 in Unterwellenborn, wo die „Maxhütte“ stand, dem also die Mentalität der Maxhüttenkumpel nicht fremd ist, dem erscheint es äußerst zweifelhaft, dass große Teile der Werktätigen und der Bevölkerung insgesamt, Ringelsöckchen und den Samba hassten, der übrigens nicht US-amerikanischen (also „imperialistischen“) sondern afrikanisch-brasilianischen Ursprungs ist. Zudem ist der Samba eine Ausdrucksform des „werkstätigen Volkes“ Afrikas, bzw. Lateinamerikas und müsste demzufolge die Sympathie kommunistischer Ideologen genießen. Die auch mit Strafen verbunden, vergeblichen Versuche der Machthaber der SED-Diktatur, westliche Lebensweise, Kultur und Kunst, Mode, Musik, Tanz usw., nicht ins Land einsickern zu lassen, erinnert an den Kampf von Cervantes Romanfigur Don Quijote gegen Windmühlen. Kleiderordnungen zu erlassen, wie es die SED-Ideologen taten, kann man (ohne böse zu sein) mit den mittel- und spätmittelalterlichen Maßnahmen vergleichen, wo durch Obrigkeiten vorgeschrieben wurde, was Angehörige der einzelnen Stände, Berufe und Gruppen tragen durften und was nicht.

Stalin, Stalin über alles!

...Als gründlicher Kenner der Werke von Marx und Engels, als Mitbegründer des Leninismus, haben die Sowjetmenschen tausendmal recht, wenn sie von Stalin als dem „Lenin von heute“ sprechen. Die Biographie Stalins studieren heißt also: die Entwicklung des Marxismus zum Leninismus und seine Anwendung in der Gegenwart zu studieren... („Lernt von Stalin!“, 5.9.1950).

...Je niedriger das politische Niveau und je weniger bewußt die marxistisch-leninistische Einstellung der Funktionäre, um so wahrscheinlicher sind Versagen und Fehlschläge in der Arbeit, um so wahrscheinlicher ist es, daß die Funktionäre selber verflachen und zu kleinlichen Wichtigtuern werden, um so wahrscheinlicher ist es, daß sie entarten. Genosse Stalin auf dem XVIII. Parteitag der KPdSU (B) im Jahre 1939... („Stalin über die ideologische Erziehung der Kader“, 5.9.1950).

Stalin der neue Führer?

...Alle fortschrittlichen Deutschen studieren den Marxismus-Leninismus, die Wissenschaft von den Entwicklungsgesetzen in Natur und Gesellschaft!...

...Von den Bolschewiki lernen, heißt siegen lernen! ...

...Schmiedet die Aktionseinheit zwischen Sozialdemokraten, Kommunisten, christlichen und parteilosen Arbeitern gegen die Remilitarisierung in Westdeutschland und Westberlin!...

...Unter dem Banner Lenins, unter der Führung Stalins – vorwärts für Frieden, Demokratie und Sozialismus!... („Losungen des Zentralkomitees der SED zum 33. Jahrestag der Oktoberrevolution“, 4.11.1950).

Bemerkung: 1950 entzogen sich „dem Banner Lenins, unter der Führung Stalins“ 197.788 DDR-Bürger. Sie zogen es vor im „Bonner Kolonialstaat“ zu leben. (Quelle der Zahlenangabe: Jürgen Weber: Kleine Geschichte Deutschlands seit 1945, Deutscher Taschenbuchverlag, München 2002.

1951:

„Thüringer Volk“

Die SED-Führung und Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer

...Ohne Legitimation. Herrn Adenauer allerdings kümmert die Meinung seiner Wähler nicht. Am 22. Januar 1951 ging er nach Homburg, um mit dem amerikanischen Todesboten Eisenhower ohne – „unabdingbare Voraussetzungen – ein Kriegsgespräch zu führen. Sieben Tage vorher hat derselbe Bundeskanzler es abgelehnt, sich mit dem deutschen Ministerpräsidenten Grotewohl zu einem Friedensgespräch an einen Tisch zu setzen... („Mit vereinter Kraft“, 31.1.1951).

...Adenauer ist der direkte Vertrauensmann des amerikanischen Monopolkapitals in Westdeutschland. Warum gerade Adenauer? Adenauer ist ein berufsmäßiger Demagoge, ein bewährter Separatist und Volksverräter...

...Adenauer will Krieg! Adenauer will vom deutschen Volk, besonders von der Jugend, Opfer an Blut und Leben! Adenauer will das deutsche Volk ins Massengrab schicken!...

(„Sein Maß ist voll!“, 15.2.1951).

Die SED-Führung und Kurt Schumacher (SPD)

...Schumacher betreibt eine systematische Spaltungspolitik! Schumacher fordert den verstärkten Terror gegen Friedenskräfte! Schumacher hetzt offen zum Krieg gegen die Deutsche Demokratische Republik, die Sowjetunion und die Länder der Volksdemokratien!...

Das deutsche Volk, an seiner Spitze die deutsche Arbeiterklasse wird dafür sorgen, daß sich die Absicht Schumachers, Deutschland zum Schlachtfeld eines neuen Krieges zu machen, nicht erfüllen wird. ...Nieder mit diesem Kriegshetzer! Alle Kraft gegen Remilitarisierung, für einen Friedensvertrag noch 1951!... („Der wahre Schumacher“, 20.4.1951).

Immer wieder Stalinkult

...Stalin! Liebe und Dankbarkeit erfüllt uns, wenn wir seinen Namen aussprechen und wir denken: Frieden!... Stalin – er ist wie ein Fels, der die Wogen der imperialistischen Kriegshetze bricht, er ist wie die Sterne des Kreml, die rubinrot über die Welt hinleuchten, Lebensfreude, Kraft und Siegesgewissheit ausstrahlend. Sein Bild trugen Millionen von Menschen in der ganzen Welt am 1. Mai ihren machtvollen Friedensdemonstrationen voran... („Mit Stalin ist der Sieg“, 7.5.1951, zum „Tag der Befreiung“ am 8.Mai).

Bemerkung: Es war eine lächerliche, unglaubwürdige Anmaßung der SED-Führung, im Namen von Millionen Menschen in der ganzen Welt sprechen zu wollen, hatte sie doch nicht einmal größere Teile der eigenen Bevölkerung hinter sich. Ihre mit kaum zu überbietender, peinlicher Schwülstigkeit propagierte „Liebe zu Stalin“ fand beim „Genius der Epoche“ zudem wenig Gegenliebe. Er blieb misstrauisch, auch gegenüber deutschen Kommunisten, von denen er unzählige, die vor Hitler in die Sowjetunion emigriert waren, als angebliche „Verräter“ umbringen ließ. Er ließ sich auch nie dazu herab, die DDR zu besuchen.

Kein Sinn für Humor

...In Volkmannsdorf (Kreis Schleiz) fand eine sogenannte „Kulturveranstaltung“ der MAS Oettersdorf statt, für die der Kulturhausleiter der MAS verantwortlich zeichnete und zu der man drei „Fachkräfte“ herangezogen hatte. Bemerkenswert dabei war schon das unmögliche Programm: „Wunder der Zauberkunst“, „Karl, der Urkomische“, „Ansage mit Humor“, „Die Blumenfrieda“ und so fort. In einem Couplet, in dem der Rat gegeben wird, am Tage nichts zu tun, um sich des Nachts dann auszuruhen, brachte man es sogar fertig, unsere Aktivistenbewegung und den Aufbau unserer Deutschen Demokratischen Republik zu diffamieren... („Fauler Zauber statt ernsthafter Kulturarbeit“, 21.6.1951).

Bemerkung: MAS war die Abkürzung für Maschinen-Ausleih-Station. Es waren Betriebe, wo sich Klein- und Mittelbauern landwirtschaftliche Maschinen ausleihen konnten.

Westliche Spione und Agenten

...Berlin (DV ADN). Den Sicherheitsorganen der Deutschen Demokratischen Republik gelang es, eine Reihe von Fällen von Spionage und Agententätigkeit im Auftrag imperialistischer Geheimdienste im Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik aufzudecken, die besonders deutlich beweisen, wie jugendfeindlich die Westberliner Reuterclique ist, die danach trachtet, die deutsche Jugend in einen neuen Krieg zu führen... („So arbeiten Reuters Verbrecherbanden“, 4.8.1951).

Bemerkung: Ernst Reuter (1889–1953), SPD-Politiker, 1919–1922 in der KPD, während der Nazizeit verfolgt, musste emigrieren, 1950–1953 Regierender Bürgermeister von Westberlin.

Amnestie

...Berlin (ADN). Der Präsident der Deutschen Demokratischen Republik, Wilhelm Pieck, hatte anlässlich seines 75. Geburtstags den Ministerpräsidenten ersucht, ihm weitere Vorschläge für die Begnadigung solcher Personen zu unterbreiten, die von den sowjetischen Behörden dem Innenministerium der Deutschen Demokratischen Republik zur Verbüßung ihrer Strafen übergeben worden waren. In Durchführung dieser Ankündigung hat nunmehr Präsident Wilhelm

Pieck nahezu 600 Personen den Rest der gegen sie erkannten Strafen mit Wirkung vom 21. März 1951 an erlassen. Die Strafanstalten sind angewiesen worden, die betreffenden Personen am 21. März 1951 in ihre Wohnorte zu entlassen... („600 Personen begnadigt“, 10.3.1951).

Das älteste Gewerbe der Welt in Gera

...„Auf Kosten der werktätigen Bevölkerung, die ja die Medikamente und Kuren bezahlen muß, die zur Heilung dieser verantwortungslos dahinlebenden Mädchen notwendig sind, treiben sie ihr Unwesen“, sagte der Richter in der Verhandlung. „Darum müssen wir auch schärfer als bisher gegen solche Fälle vorgehen und schwere Strafen aussprechen.“... („Schwere Strafen für ‚leichte‘ Mädchen“, 14.2.1951).

Bemerkung: Zwei der drei angeklagten Frauen erhielten je 18 Monate Gefängnis mit anschließender Einweisung ins Arbeitshaus, die andere kam mit sechs Monaten davon, musste allerdings ebenfalls ins Arbeitshaus.

Diktatur der Adenauer-Clique

...Schafft die Aktionseinheit der Arbeiterklasse in Westdeutschland und Berlin! Verteidigt die demokratischen Rechte gegen die Diktatur der Adenauer-Clique!...

...Nieder mit Adenauer, dem Wortführer der deutschen Imperialisten, dem Einpeitscher der amerikanischen Kriegspolitik! Fort mit dem Kriegshetzer Schumacher!...

...Schriftsteller und Künstler! Pfllegt das nationale Kulturerbe! Kämpft gegen die amerikanische Kulturbarbarei! Entwickelt eine fortschrittliche deutsche Kultur!...

...Lehrer und Mitarbeiter des Volksbildungswesens! Erzieht die Jugend zur Arbeit und zur Verteidigung des Friedens! Eignet euch die Erfahrungen der Sowjetpädagogik an! ...

(„Losungen zum 1. Mai“, 18.4.1951).

Knast-Patenschaften

...„Die Angestellten der Justiz-Haftanstalt verpflichten sich, 10 Patenschaften zu den Weltfestspielen zu übernehmen.“

Am Justizgebäude in Gotha fanden wir diese feine Sichtagitation, die Zeugnis davon ablegt, daß die Kollegen von der Justiz wie viele andere Werktätige die Bedeutung der Welfestspiele verstanden haben. Sie übernehmen Patenschaften und bringen dies in einem Transparent zum Ausdruck... („Wir halten Umschau im Thüringer Land“, 5.7.1951).

Bemerkung: Am 5. August 1951 wurden die III. Welfestspiele der Jugend und Studenten in Ostberlin (DDR) eröffnet.

Stalin-Aufgebot

...Landesverband Sachsen-Anhalt der FDJ erster im Stalin-Aufgebot freien Deutschen Jugend. Thüringen an sechster Stelle... („Mit Stalin kämpfen, heißt siegen“, 14.8.1951).

Bemerkung: 1951 verzichteten 165 648 DDR-Bürger darauf, mit Stalin zu kämpfen und zu siegen. Sie flüchteten in die Arme des „Kriegstreibers“ Adenauer.

1952:

Am 15. August 1952 wurde die Zeitung in „Volkswacht“ umbenannt.

Unverbesserlich

...Mit dem Heil-Hitler-Gruß betrat der Angeklagte Sand, Fotograf aus Halle-Saale, kürzlich den Schwurgerichtssaal des Oberlandesgerichts Gera. Damit wollte er sich wohl dem Gericht und den Hörern vorstellen als der typische Faschist und Verbrecher, der er war. Im Verlauf der Verhandlung leugnete er zwar hartnäckig, das von ihm gegebene lückenlose Geständnis, worin er zugegeben hatte, daß er in den Jahren 1941 bis 1944 in der Sowjetunion elf verwundete sowjetische Gefangene erschossen hatte... („Eine Lektion für unverbesserliche Faschisten“, 19.3.1952).

Bemerkung: In diesem Verfahren hatten sich zwei angeklagte Komplizen wegen ihrer Kriegsverbrechen zu verantworten, aber auch wegen fortgesetzter krimineller Delikte, begangen zwischen 1945 und 1951. Sand erhielt zwölf Jahre Zuchthaus und der mitangeklagte Schmidt acht Jahre. Das Gericht blieb damit unter den Anträgen der Staatsanwaltschaft, die fünfzehn, bzw. zehn Jahre gefordert hatte.

Spionagegruppe verurteilt

...Gegen die Mitglieder einer Spionagegruppe, die dem Bonner Kaiser-Ministerium und anderen Spionagezentralen in Westdeutschland und Westberlin fortgesetzt Produktionsgeheimnisse der volkseigenen Maxhütte in Unterwellenborn auslieferte, hat die Große Strafkammer des Landgerichts Rudolstadt Zuchthausstrafen von vier bis 15 Jahren verhängt. Die Verbrecher hatten den westlichen Spionagezentralen vor allem Informationen über das in der Deutschen Demokratischen Republik entwickelte Niederschachtofenverfahren besorgt.

(„Hohe Zuchthausstrafen für Spionagebande in der Maxhütte“, 4.7.1952).

Bemerkung: Der CDU-Politiker Jacob Kaiser (1888 – 1961) während der Nazizeit im Widerstand tätig, war von 1949 bis 1957 Minister für Gesamtdeutsche Fragen.

Kampf gegen die „Westsender“

...In der weiteren Diskussion kommen die Genossen auch auf den RIAS-Sender (Abk. für Rundfunk im Amerikanischen Sektor, der Autor) zu sprechen. Meier schildert zunächst die Rolle, die der RIAS für die Kriegstreiber zu erfüllen hat. Auf die Frage, ob es denn nun richtig ist, die Sendungen des RIAS anzuhören, antwortet Genossin Martha Meier: „Den RIAS höre ich mir nicht an, denn er will das, was die Kapitalisten und Kriegstreiber wollen. Ich will den Frieden und ich höre mir die Sendungen des demokratischen Rundfunks (gemeint sind die DDR-Rundfunksender, der Autor) an.“ Alle Genossinnen und Genossen stimmten ihr zu... („Den RIAS höre ich nicht!“, 29.5.1952).

...Gehorsam führte er aus, was der RIAS ihm befahl: Gegen die Deutsche Demokratische Republik zu hetzen... Solche Elemente gefährden unseren friedlichen Aufbau und damit die Einhaltung des Friedens. Unter einigen Kollegen seiner Abteilung bestand die Meinung, daß Stockmann zu hart bestraft worden sei. Aus diesem Grunde fuhren die Mitarbeiter des Landgerichts nach Jena. Landrichter Kranke sagte ihnen, daß es bei uns keine Kluft zwischen den Werktätigen und dem Staat geben darf. Deshalb seien sie gekommen, um über das Urteil zu diskutieren. Er wies ihnen nach, daß

dieses Urteil in ihrem eigenen Namen erfolgt ist, da Stockmann ihre Sicherheit und ihr Leben sowie das des ganzen Volkes gefährdet hat. Stockmann hatte in der Hauptverhandlung behauptet, dass die Belegschaft seiner Abteilung mit ihm einer Meinung sei. ...Der Prozess Stockmann lehrt alle Werktätigen, sich nicht von den Lügen des RIAS beeinflussen zu lassen. Wer den RIAS hört, verfällt ihm eines Tages und wird zu seinem Werkzeug. Unermüdlich aufklären und überzeugen, die offenen Feinde der Deutschen Demokratischen Republik den Organen der Staatsgewalt übergeben, das sind die Schlußfolgerungen, die jeder aus dem Prozeß ziehen muß... („Wer RIAS hört, ist ein Feind des Volkes“, 20.8.1952).

Bemerkung: Geradezu ein Paradebeispiel dafür, was die Machthaber des SED-Diktatur unter freier Meinungsbildung, Diskussionsbereitschaft, Pressefreiheit und Demokratie insgesamt verstanden. Einen Bericht über die Gerichtsverhandlung gegen die erwähnte Person, den „RIAS-Hörer“, sucht man in der Zeitung vergeblich. Veröffentlicht ist lediglich die Meldung über die Aussprache der Juristen mit Stockmanns Arbeitskollektiv, in dem Meinungen laut geworden waren, dass er zu hart bestraft worden sei. Beim Recherchieren versucht man vergeblich zu erfahren, was für eine Strafe Stockmann erhalten haben könnte. Diese wurde absichtlich verschwiegen, um bei Lesern der Zeitung keine Zweifel an der Arbeitsweise der Justiz aufkommen zu lassen. Die Bereitschaft der Juristen, mit den Werktätigen darüber zu reden, war eine Farce, wie sie demagogischer nicht hätte sein können. Wenn es jemand gewagt hätte, sich den Meinungen Stockmanns anzuschließen, so hätte er mit Stockmann wohl bald eine Zelle in Waldheim oder Bautzen teilen können.

Der politische Einfluss des westlichen Rundfunks auf die Meinungsbildung der DDR-Bevölkerung bereitete den Machthabern, vor allem in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre, große Sorgen. Das Fernsehen steckte noch in den Kinderschuhen und war deshalb nicht zu fürchten und dem gedruckten Wort konnte man durch verstärkte Postüberwachung und Zollkontrollen an den Grenzen begegnen. Gegen die Ätherwellen jedoch, war in den sozialistischen Gärten noch kein Kraut gewachsen. Gegen das Abhören von Sendungen westlicher Rundfunkstationen durch Wohnungsinhaber in ihren

eigenen vier Wänden, hatte der Staat noch keine gesetzliche Handhabe. Etwas anderes war es jedoch, wenn man das Gehörte durch Erzählen anderen Personen vermittelte, oder wenn sich Personen mit in der Wohnung befanden, die nicht zur Familie gehörten. In diesen Fällen konnte der Straftatbestand der Verbreitung von Hetze gegeben sein. Mehrjährige Zuchthausstrafen waren dann keine Seltenheit.

Justiz auf Parteilinie

...Genossen, setzt eure ganze Kraft zur Lösung dieser wichtigen Aufgabe ein, damit unsere Justiz befähigt wird, aktives Organ der Werktätigen im Kampf unseres Volkes für Einheit, Frieden, Demokratie und Sozialismus zu werden... (Zu den Schöffennachwahlen: „Die Justiz unseres Staates – das sind die Werktätigen“, 6.11.1952).

Gesetz zum Schutze des Volkseigentums

...Die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik hat am 2. Oktober 1952 das Gesetz zum Schutze des Volkseigentums und anderer genossenschaftlicher Einrichtungen beschlossen. Danach wird Diebstahl und Unterschlagung, Urkundenfälschung oder Untreue zum Nachteil von staatlichem oder genossenschaftlichem Eigentum mit Zuchthaus bestraft. Die Mindeststrafe ist ein Jahr Zuchthaus. In besonders schweren Fällen, wenn z. B. großer Schaden verursacht wurde, können 25 Jahre Zuchthaus die Folge sein. („Diebstahl am Volkseigentum bedeutet Zuchthaus“, 20.11.1952).

Die „erzieherische Aufgabe“ der DDR/SED-Rechtsprechung

...Vor dem I. Strafsenat des Bezirksgerichtes Erfurt wurde in dem bis auf den letzten Platz von Werktätigen aus Betrieben und Verwaltungen besetzten Kreisgerichtssaal am Freitag das Strafverfahren gegen sieben Agenten des amerikanischen Geheimdienstes, Mitglieder des sogenannten „Ostbüros der CDU“ Adenauers und Kaisers eröffnet. Die Angeklagten haben im Auftrage des vom amerikanischen Geheimdienst geschaffenen und finanzierten „Ostbüros der CDU“, das als Spionagezentrale seinen Sitz in Westberlin hat, umfangreiche Spionagetätigkeit im Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik betrieben...

Verurteilt wurden:...Die Angeklagten Johanna Töpler und Robert Kneib zu 15 Jahren, Martin Hein und Wolfgang Martinus zu 12 Jahren, Wolfgang Schreiner und Hermann Schwark zu zehn Jahren Zuchthaus. Außerdem wurden über sämtliche Angeklagten die Sühnemaßnahmen gemäß Artikel IX der Kontrollratsdirektive 38 verhängt. Im Falle Hermann Schwark erkannte das Gericht auf Einzug des Vermögens des Angeklagten für Wiedergutmachungszwecke... Das offene Geständnis der Angeklagten und ihre Schlußworte würdigend, wies das Gericht besonders auf die erzieherische Aufgabe der fortschrittlichen demokratischen Rechtsprechung in der Deutschen Demokratischen Republik hin. „Es wird die Aufgabe aller Angeklagten sein, durch aktive und vorbildliche Arbeit während des Strafvollzugs zu beweisen, daß sie gewillt sind, ihre im Schlußwort gegebenen Versprechen in die Tat umzusetzen und auf den richtigen Weg aller ehrlichen Bürger der Deutschen Demokratischen Republik zurückzukehren“, betonte das Gericht in der Urteilsbegründung. „Die Werktätigen in unserer Republik fordern mit Recht von ihren Staatsorganen eine schnelle und harte Aburteilung aller solcher Verbrechen, die gegen die Grundlagen des Staates gerichtet sind. Die Werktätigen sind aber auch bemüht, allen denjenigen zu helfen, die heute noch abwartend beiseite stehen, um sie zu aktiven Friedenskämpfern und glühenden Patrioten für die Einheit Deutschlands zu erziehen.“...

(„Zuchthausstrafen für Agenten des amerikanischen Geheimdienstes, Mitglieder des „Ostbüros der CDU“, 22. 12.1952).

Bemerkung: Die Machthaber der SED-Diktatur entlarvten sich selbst mit ihrem beispiellosen Zynismus, so als ob sie Menschen, die sie für zehn oder fünfzehn Jahre in ihren Zuchthäusern in Bautzen, Waldheim, Torgau oder Hoheneck verschwinden ließen, dort zu „glühenden Patrioten“ und Aposteln ihrer Ideologie hätten erziehen können. Denn, ebenso wenig wie man ihre Justiz als „fortschrittlich und demokratisch“ bezeichnen kann, trifft diese Einschätzung auf den DDR-Strafvollzug zu.

Im Jahre 1952 flüchteten 182.393 Personen in die Bundesrepublik und Westberlin. (Quelle: Jürgen Weber: Kleine Geschichte Deutschlands seit 1945, Deutscher Taschenbuchverlag, München 2002).

Zum Schluss:

Für die Unterstützung bei meinen Recherchen bedanke ich mich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Stadtarchivs der Stadt Gera, der Redaktion der Zeitschrift „Der Stacheldraht“, herausgegeben von der Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. und dem Bund der Stalinistisch Verfolgten e.V., Landesverband Berlin-Brandenburg, Herrn Dr. Falco Werkentin (Berlin) sowie den Zeitzzeugen und Betroffenen politischer Verfolgung und Haft in der SBZ und frühen DDR, die sich nach meinem Aufruf mit mir in Verbindung gesetzt haben.

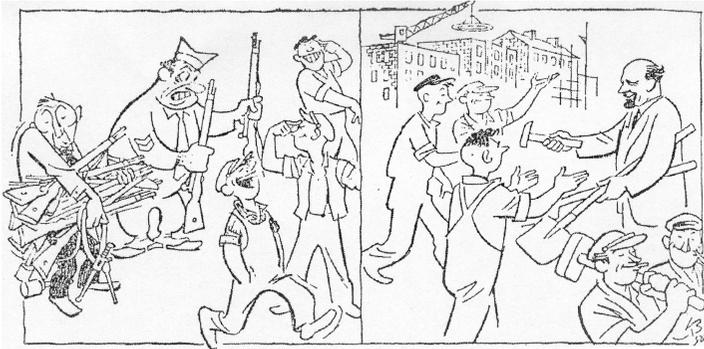
Der Autor:

Baldur Haase wurde 1939 im Riesengebirge (damaliges Sudetenland) geboren. Als Heimatvertriebener aufgewachsen in der sowjetischen Besatzungszone und späteren DDR (Kreis Saalfeld, Thüringen). Erlernete nach dem Schulbesuch von 1955 – 1958 den Beruf des Druckers. Geriet bereits 1957 wegen seiner umfangreichen Korrespondenz, vor allem mit Personen in der Freien Welt, ins Visier des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR.

Im Januar 1959 wurde er von der Stasi verhaftet und wegen Verbrechen der „staatsgefährdender Hetze“ und „Sammlung von Nachrichten“ zur drei Jahren und drei Monaten Zuchthaus verurteilt, die er bis zu seiner Entlassung auf Bewährung, im April 1961, in Waldheim (Sachsen) verbüßen musste. Ab 1969 absolvierte er ein dreijähriges Fernstudium am Institut für Literatur „Johannes R. Becher“ in Leipzig.

Von 1970 bis 1990 war er als Angestellter in einer Kultureinrichtung in Gera tätig und übte nach der Auflösung der Arbeitsstelle, im Frühjahr 1990, zeitweilig ebenfalls kulturelle Tätigkeiten aus. Seit September 2000 ist er Rentner.

Er ist Mitglied in den Vereinen:
Gedenkstätte Amthordurchgang e. V. Gera
Friedrich-Bödecker-Kreis Thüringen e. V.



„Solche ‘Arbeit’ suchen wir nicht,
Minister Adenauer!“

„...aber solche!“

„Thüringer Volk“ am 30.8.1950



Im Bonner Kolonialstaat
Im Werbebüro für die Fremdenlegion: „Das ist
eine Zukunft, Jungs, die wir euch bieten!
Unterschreibt, und Ihr braucht nicht mehr
stempeln zu gehen.“

In der Deutschen Demokratischen Republik
Der Meister: „Wenn ihr tüchtig lernt Jungs, doch
dann könnt ihr in sechs Jahren selbst Meister
sein, vielleicht auch Ingenieur.“

„Thüringer Volk“ am 17.8.1950

Neben der Zeitungsschau verwendete und empfehlenswerte Literatur:

Beyer, Achim, Urteil: 130 Jahre Zuchthaus. Jugendwiderstand in der DDR und die „Werdauer Oberschüler“ 1951, Leipzig 2003.

Binski, Sigurd, Zwischen Waldheim und Workuta. Erlebnisse politischer Häftlinge 1945-1965, herausgegeben von der Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V., Bonn 1967.

Braun, Jutta; Klawitter, Nils; Werkentin, Falco, Die Hinterbühne der politischen Strafjustiz in den frühen Jahren der SBZ/DDR, Berlin (LStU), Schriftenreihe Bd.4, 2002.

Buschfort, Wolfgang, Die Ostbüros der Parteien in den 50er Jahren, Berlin (LStU), Schriftenreihe, Bd. 7, 2002.

Finn, Gerhard, Die politischen Häftlinge der Sowjetzone 1945-1958, herausgegeben von der Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit, Berlin 1958.

Foitzik, Jan, Der sowjetische Terrorapparat in Deutschland, Berlin (LStU), Schriftenreihe, Bd. 7, 2002.

Grob, Herbert, Gelitten, gehofft, überlebt. Mit 17 Jahren unschuldig als „Werwolf“ verdächtigt in den Fängen des NKWD 1945-1950, Erfurt (TLStU) 2005.

Herz, Andrea (Zusammenstellung), Todesurteile gegen Kinder. Erinnerung an 33 Eisenacher Jugendliche, die 1945 verhaftet wurden, Erfurt (TLStU) 1998.

Piesiur, Rudolf, Ich bin ein Spion und weiß es nicht. Als angeblicher Geheimagent im Stasi-Knast Gera (1977/78), Erfurt (TLStU), 2000.

Weber, Jürgen, Kleine Geschichte Deutschlands seit 1945, Deutscher Taschenbuchverlag, München 2002.

Werkentin, Falco, Recht und Justiz im SED-Staat, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1998.

Es ist völlig klar, daß Menschen...
 WÄHRE VON 900 Helfern der Staatlichen Kontrolle, die mitteilen, daß...
 Ihre Freunde für den Beruf des Lehrers in der sozialistischen Schule...
 sind... Land, Pöbel und... Am Schluß... Zeitschriften und Lobesbriefe.

UNSER Gerichtsreporter BERICHTET

RIAS-Knechte hinter Schloß und Riegel

Viele, die in der Vergangenheit auch bei uns für das große politische Weltgeschehen noch einen getriebenen Blick hatten, sind sehend geworden. Insbesondere der ständige und erfolgreiche Kampf der Sowjetunion um die Erhaltung des Weltfriedens hat ihnen nicht nur die Augen geöffnet, sondern Friedensoffenheit. Dennoch gibt es hier und da noch einen jener einseitigen Feinde der Arbeiter-und-Bauern-Macht, die einfach nicht begreifen wollen, daß die Politik faschistischer Barbarei und psychologischer Kriegsführung heute nicht mehr getragt ist.

Einer dieser Unverbesserlichen, ein gewisser Ingenieur Stade, hatte sich jetzt wegen Spionage, Kriegshetze und Bedrohung von Bürgern aus der DDR und Westdeutschland u. a. vor dem 1. Strafsenat des Bezirksgerichtes Jena zu verantworten. Seit Jahren flatterten so manchen Bürger in Jena und Umgebung, ja selbst in Berlin und Westdeutschland anonyme Briefe dieses Stades auf den Tisch. Seine Hetzparolen schickte er nach Westdeutschland insbesondere an aktive Atomkriegsgegner, machte deren aufopferungsvollen Kampf verächtlich und schreckte selbst vor den gemeinsten Drohungen nicht zurück. Dabei bestätigte er auch die Angehörigen solcher Menschen, die wegen ihres Friedenskampfes heute in den Kerkern Adenauers schmachten, wie beispielsweise die Ehefrau Jupp Angenfort.

Der geschworene Feind unserer Staatsmacht offenbart sich darin, daß Stade in seinen Hetzbriefen die DDR in infamster Weise verunglimpft und unter anderem behauptete, die Menschen in den Kolonien würden besser leben als die in der „Ostzone“. Stade ging in seinen faschistischen Auswüchsen so weit, daß er in seinen Schmierereien offen bekannte: „Das 3. Reich war für mich die schönste Zeit!“ Im weiteren po-saunte er aus: „Fest, Krieg, Seuchen und Hochwasser seien nicht so schlimm, wie Kommunismus und Frieden.“ (1)

Um seine Person zu tarnen, verfaßte Stade seine Hetzschriften mit verstellter Handschrift und schreckte selbst davor nicht zurück, die Namen anderer Bürger als Absender seiner Schmierereien zu mißbrauchen.

Um das Bild dieses Verbrechens abzurunden, sei noch erwähnt, daß er auch Briefe an berichtigte Verfasser des Atomkriegsartikels der Adenauer-Regierung richtete und sich darin für den „Kampf gegen den Kommunismus“ und die Bemühungen zur „Befreiung der Ostzone“ bedankte.

Die Anleitung für seine verbrecherische Wühlarbeit erhielt Stade unmittelbar von den Hetzern RIAS und BBC, für die er gleichzeitig Spionage betrieb und ihnen wichtige vertrauliche Informationen aus dem VEB Carl Zeiss Jena in die Hände spielte.

Für acht Jahre hat dieser Verräter des Friedens und der Republik nun Zeit und Gelegenheit, im Zuchthaus darüber nachzudenken, daß keiner ungestraft die Hand gegen die Arbeiter-und-Bauern-Macht und gegen die Sache des Friedens erheben kann.

Als ein übles Subjekt gleicher Sorte entpuppte sich vor dem Kreisgericht Greiz ein gewisser Schenderlein aus Daßlitz. Er, der in Ruhestand als Intellektueller eine Monatsrente von 600 DM einsteckte und darüber hinaus noch ein Nebeninkommen von ca. 400 DM monatlich bezog, hatte es insbesondere darauf abgesehen, den Vorschlag der Sowjetunion zur friedlichen Lösung der Westberlin-Frage sowie den sowjetischen Entwurf eines Friedensvertrages für Deutschland zu boykottieren.

Auch Schenderlein bediente sich dabei der Anonymität und richtete fortgesetzt Karten und Drohbriefe an Bürger der DDR. Als getreuer RIAS-Knecht suchte er sich dazu insbesondere solche Personen heranzuziehen, die in den Presseorganen unserer Republik öffentlich zu den Vorschlägen der Sowjetunion Stellung nahmen und diese als ehrliche Deutsche begrüßten.

Gehässige Beschimpfungen, wie „politische Ochs“, „Faulenzer“ oder „Bimmelantel“, waren in Schenderleins Hetzbriefen an der Tagesordnung, die er im weiteren auch an hervorragende Funktionäre des Staats- und Parteiparates sowie an Beschäftigte unserer sozialistischen Industrie versandte. So beschimpfte er unter anderem eine Bestarbeiterin eines volkseigenen Greizer Textilbetriebes, die in der Zeitung alle Mitarbeiter aufzoderte, für den rascheren Aufbau des Sozialismus Neuerermethoden am Arbeitsplatz anzuwenden und gleich ihr nach der Christoph-Walther-Methode zu arbeiten.

Wie jeder Feind der volkdemokratischen Ordnung fand auch Schenderlein seine Richter. Keiner der 140 Einwohner von Daßlitz billigte die verbrecherische Tätigkeit dieses RIAS-Knechtes, und die gesamte Einwohnerschaft bekräftigte in einer Versammlung nachdrücklich, daß sie in ihrem Kampf um einen baldigen Abschluß eines Friedensvertrages, wie ihn die Sowjetunion vorschlug, nicht nachlassen wird.

Auch Schenderlein, der der faschistischen NSDAP sowie Hitlers Schlägergarde SA angehörte und aus der Vergangenheit nichts gelernt hat, kann während der nächsten drei Jahre im Gefängnis über die Wertlosigkeit seines Verbrechens nachdenken.

Schäfer, Staatsanwalt
Walter Ehrh

Aus „Volkswacht“ 27. Februar 1955

Unser Jenaer Bier eine Spitzenleistung!

Wir stehen im Kampfe um Frieden und Einheit Deutschlands gegen die Remilitarisierung

Städtische Brauerei Jena VEB

Pfels stellen fest, daß unsere Verfassung...
 jedem Bürger Rede-, Presse-, Versammlungs-,
 Kriegen, zu Bombenteppichen und Völkermorden führt.

„Zeugen Jehovas“ als Feinde der Republik

Unter dieser Überschrift veröffentlichte am 26. August 1950 das „Thüringer Tageblatt“, Organ der CDU in Thüringen, den nachfolgenden Artikel:

Schon seit Jahren verfolgen wir mit wachsender Befremdung die Agitation, die von einer Sekte ausgeht, die den Namen trägt: Zeugen Jehovas. Zu wiederholten Malen haben wir bei früheren Gelegenheiten Anlaß gehabt, auf die antinationale Haltung der Mitglieder dieser Sekte hinzuweisen. So war es in der Zeit der Vorbereitung des 3. Deutschen Volkskongresses im Mai 1949 gerade diese Sekte, die sich gegen die Durchführung dieser Wahl wandte und innerhalb der Volkskreise versuchte, diese Wahl, die von höchster politischer Bedeutung war, herabzusetzen und zu sabotieren.

Wir haben heute allen Anlaß, erneut und dieses Mal in schärfster Form gegen diese Sekte Stellung zu nehmen, denn sie versucht auch in Thüringen nicht nur ihre Mitglieder, sondern darüber hinaus auch weite Bevölkerungskreise politisch zu verwirren und schreckt nicht davor zurück, offene Angriffe gegen die Existenz der Deutschen Demokratischen Republik und gegen die Arbeit ihrer führenden Männer zu richten.

Es ist mehr als offene Opposition, es ist bewußte Sabotage, wenn z. B. ein Referent dieser Sekte am 6. Juli dieses Jahres in Arnstadt erklärt, Hitlers Herrschaft habe zwölf Jahre gedauert, aber das heutige System werde auch bald vernichtet werden. Und es ist eine bewußte Diffamierung der Deutschen Demokratischen Republik, wenn gleich-

falls in Arnstadt am 18. Juli in einer Versammlung dieser Sekte von den „Brüdern“ Paul und Gerhard erklärt wurde, daß die Deutsche Demokratische Republik an einem neuen Krieg arbeite, und wenn sie sagten, man dürfe an eine menschliche Regierung überhaupt nicht glauben, sondern nur Jehova gehorchen. Es ist auch weiterhin ein gewollter und wohlüberlegter Versuch der Durchkreuzung der Friedenspolitik der Deutschen Demokratischen Regierung, wenn ein Mitglied dieser Sekte — Max Schulze — am 11. August in Sondershausen sagte, es sei sinnlos, für den Frieden zu kämpfen, weil der Krieg schon da sei.

Das sind nur einige wenige Beispiele aus einer Fülle von einwandfreien Bezeugungen, die alle dafür sprechen, daß in dieser Sekte, der Zeugen Jehovas, ein Geist lebt, der bewußt und mit Ueberlegung darauf hinarbeitet, die Basis der Deutschen Demokratischen Republik zu erschüttern, das Volk in Verwirrung zu bringen und die Frauen und Männer unserer Republik gegen ihre Regierung aufzubetzen. Wir kennen sie genau, die Quellen, aus denen diese Sekten gespeist werden und wir kennen sie genau, die Hintermänner, die keine Summe scheuen, um dieser Sekte ihr Leben fristen zu lassen. Aber unsere Geduld ist erschöpft, und wir werden unachtsamlich auf diese Gefahr hinweisen und alles daransetzen, daß diesem gemein gefährlichen Treiben unverantwortlicher Kreise ein Ende gesetzt wird.

„Das Volk“ 31. August 1955